



## KFIBS-Studie

# Kontinuität oder Diskontinuität britischer (*Labour*-)Politik nach der Ära Blair?

Die innen- und außenpolitische Agenda zu Beginn der Amtszeit Browns –  
Strategien, Programme, Perspektiven<sup>1</sup>

Von Regina Tritz und Sascha Arnautović

[regina.tritz@kfibs.org](mailto:regina.tritz@kfibs.org), [sascha.arnautovic@kfibs.org](mailto:sascha.arnautovic@kfibs.org)

Ausgabe

1/08

Kontakt **KFIBS e. V.**: Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rheinland),  
E-Mail: [info@kfibs.org](mailto:info@kfibs.org), URL: [www.kfibs.org](http://www.kfibs.org)

---

<sup>1</sup> Die vorliegende KFIBS-Studie berücksichtigt im Wesentlichen die Entwicklungen in der britischen Innen- und Außenpolitik bis zum 17. April 2008, gibt aber an vereinzelt Textstellen auch aktuelle Einschätzungen – ein Jahr nach Amtsantritt Browns.

\* \* \*

## I. Prolog: Wachwechsel in *No. 10 Downing Street* – Blair geht, Brown kommt

Bildung, Schulen, Krankenhäuser, Einwanderer, Kriminalität – das sind die Themen, die der neue britische Premierminister Gordon Brown auf dem *Labour*-Parteitag in Bournemouth im September 2007 als zentrale innenpolitische Herausforderungen Großbritanniens genannt hatte. Auch sein Amtsvorgänger Tony Blair war im Jahr 1997 mit „drei“ innenpolitischen Themen angetreten: „Education, Education, Education.“ Dass die beiden Staatsmänner zu Beginn ihrer Amtszeit die innere Verfasstheit des Landes fokussierten, hat jedoch ganz unterschiedliche Gründe. Während Tony Blair Großbritannien Ende der 1990er-Jahre in desolatem Zustand von den *Tories* übernahm, fand Gordon Brown bei seinem Amtsantritt Ende Juni 2007 eine weitaus stabilere innenpolitische Ausgangslage vor. So sprach der Nachfolger Blairs aus gutem Grund fast ausschließlich über Innenpolitisches auf dem besagten Parteitag. Auch wenn es ihm – im Gegensatz zu Blair – gelang, das „E-Wort“ so lange wie möglich zu vermeiden, dürfte der neue Premier die Bürger des Landes allerspätestens im Jahr 2010 (zeitweise war sogar über vorgezogene Unterhauswahlen bis Ende 2007 spekuliert worden) zur Wahlurne bitten.

Die Thematisierung außenpolitischer Reizthemen, wie z. B. der britische Irak-Einsatz oder Großbritanniens Rolle in der Europäischen Union (EU), könnte für den neuen (und nach nur einem Jahr im Amt sogar in der eigenen Partei stark umstrittenen) Premier bei der Suche nach politischer Legitimation durch dessen Landsleute in einem Desaster enden. Hinzu kommen momentan stetig steigende Umfragewerte für den politischen Gegner, die *Conservative Party*, die mit dem jungen Oppositionsführer David Cameron einen in der britischen Bevölkerung zunehmend populären Politiker an ihrer Seite weiß. Aufgrund dieser innenpolitischen Gemengelage war Gordon Brown gezwungen, die anfänglichen Neuwahlpläne aufzugeben, wenngleich ihm dieser – politisch und wahltaktisch durchaus notwendige – Schritt gewiss einiges an Missbehagen bereitet haben dürfte, hätte er doch sicherlich gerne einen klaren Regierungsauftrag

seitens seiner Landsleute für die kommenden Jahre erhalten, sprich losgelöst vom politischen Erbe Blairs aus dem unglücklichen Wahljahr 2005 agieren wollen.<sup>2</sup>

## II. Erster Teil: Großbritanniens Innenpolitik

### 1. Einleitende Bemerkungen: Die innenpolitische Herausforderung Gordon Browns

Dass Tony Blair seinem Nachfolger im Sommer 2007 ein Land mit einer Arbeitslosenquote von nur rund 5 Prozent übergeben hat,<sup>3</sup> ließ vordergründig zunächst Kontinuität im innenpolitischen Kurs der *Labour Party* vermuten. Doch mit Arbeitsplätzen allein konnte Brown die Briten dauerhaft nicht zufrieden stellen. Trotz positiver Bilanzen der Vorgängerregierung in vielen innenpolitischen Bereichen stand und steht der Schotte rund ein Jahr nach der Amtsübernahme noch immer vor großen Aufgaben: Blairs 1997 angekündigte Bildungsoffensive scheiterte, der Druck der Immigranten auf die britischen Sozialsysteme wächst stetig, die soziale Schere öffnet sich immer weiter. Tatsache ist, dass kein Land in Europa eine so hohe Pro-Kopf-Verschuldung aufweist wie der Inselstaat.<sup>4</sup>

Die Frage nach innenpolitischer Kontinuität oder Diskontinuität britischer (*Labour*-)Politik nach der Ära Blair ist letztlich nur durch eine genauere Betrachtung der unterschiedlichen Politikbereiche zu beantworten.

### 2. Bildungspolitik im Zeichen der Kontinuität

Bildungspolitisch ist Tony Blair 1997 hoch ambitioniert angetreten: „Education, Education, Education“ – so plakativ nannte der damalige Premier die drei obersten Prioritäten seiner ersten Legislaturperiode und kündigte zugleich einen veränderten Kurs

---

<sup>2</sup> Vgl. Larres, Klaus, Gute Absichten, schlechte Aussichten. Ein kompetenter Wirtschaftsminister wird noch lange kein erfolgreicher Premier – diese Erfahrung von Ludwig Erhard muss jetzt auch Gordon Brown machen, in: IP, 63. Jg. (April 2008) H. 4, S. 100-105 (100).

<sup>3</sup> Vgl. dazu bei National Statistics: <http://209.85.129.104/search?q=cache:yKRpzDg-OAEJ:www.statistics.gov.uk/cci/nugget.asp%3Fid%3D12+unemployment+uk+2007&hl=de&ct=clnk&cd=1>.

<sup>4</sup> Vgl. Stehling, Thomas Bernd, Von Blair zu Brown. Großbritannien nach dem Regierungswechsel, Länderbericht des Londoner Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 29.08.2007, S. 1-3 (1), abrufbar unter:

britischer Bildungspolitik an.<sup>5</sup> Obwohl *New Labour* 1997 vor allem den Abbau sozialer Benachteiligung, die Konzentration auf die Verbesserung schulischer Leistungen sowie die Verbindung von Qualität und Schulvielfalt versprach,<sup>6</sup> bietet sich dem Betrachter in Großbritannien ein Jahrzehnt später ein gänzlich anderes Bild: Der Anteil der Schüler, der eine staatliche Schule besucht, sank 2007 um 6 Prozent; der Slogan „Hohe Bildungsqualität für die Mehrheit, statt höchste Qualität für einige wenige“<sup>7</sup> entspricht noch immer nicht der bildungspolitischen Realität des Inselstaates. Blairs Anspruch, die staatlichen Bildungseinrichtungen für die breite Masse zu verbessern, ist damit gescheitert, und das, obwohl seine Regierung die Ausgaben für Bildung zwischen 1997 und 2007 um rund 0,2 Prozent des BIP (1997: 4,74 Prozent, 2007: 4,92 Prozent des BIP) erhöht hatte.<sup>8</sup>

Daher gehört für Nachfolger Gordon Brown eine Verbesserung der Bildungspolitik – genau wie für Tony Blair zehn Jahre zuvor – zu den vordringlichsten Aufgaben des Landes. Dabei wird er den von *New Labour* 1997 eingeschlagenen Kurs nicht völlig ändern, denn die Grundidee ist noch immer dieselbe: Gleiche Bildungschancen für alle – unabhängig von der sozialen Herkunft. So ist auf der *Labour*-Website nachzulesen: „The challenge now is to support parents in bringing up their children, so that all families get the help they need and that every child has the opportunity to achieve their potential.“<sup>9</sup>

Die Umsetzung von Wahlfreiheit, Wettbewerb und Selbstverwaltung sowie die zentrale Regulierung der Bildungspolitik sind jedoch keine exklusiven Merkmale der *Labour Party*. Die Partei folgt mit ihrem Programm nicht nur der Blair'schen Idee des so genannten Dritten Weges, in dem neoliberaler Kapitalismus und traditionelle Sozialdemokratie miteinander verbunden werden, sondern vielmehr einem globalen Trend. Allein schon deshalb wird der Premier an den Zielvorstellungen *Labour*'scher Bildungspolitik nichts verändern. Auch für den stärker wirtschaftsorientierten Brown wird die Frage nach der Vereinbarkeit von Marktregulierung und einer „gerechteren Gesellschaft“ im Mittelpunkt seiner politischen Arbeit stehen.

---

[http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/laenderberichte/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_11746\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_11746_1.pdf); auch abgedruckt in: Die Politische Meinung, (11/2007) 456, S. 33-36 (33).

<sup>5</sup> Vgl. dazu bei BBC:

<http://64.233.183.104/search?q=cache:wONUhbC8tpMJ:news.bbc.co.uk/1/hi/education/6564933.stm+education+education+education+blair+speeches&hl=de&ct=clnk&cd=2&gl=de>.

<sup>6</sup> Vgl. Kavanagh, Dennis u. a., *British Politics*, 5. Aufl., Oxford/New York 2006, S. 305.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 307 (Anm.: eigene Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche, R. T.).

<sup>8</sup> Vgl. dazu bei National Statistics: <http://www.statistics.gov.uk/STATBASE/Expodata/Spreadsheets/D4004.xls>.

<sup>9</sup> [http://www.labour.org.uk/labour\\_policies](http://www.labour.org.uk/labour_policies).

### 3. Gesundheitspolitik – wenig Konkretes, viel Vages

Im Bereich der Gesundheitspolitik waren die anfänglichen Aussagen Browns besonders vage; doch auch hier sprechen die Fakten mittlerweile eher für Kontinuität als für Diskontinuität.

Im Gegensatz zu Deutschland ist der britische Gesundheitsdienst eine staatliche Einrichtung: Finanzmittel werden im Rahmen von jährlichen Ausgabenentscheidungen durch Regierung und Parlament in gleicher Weise festgelegt, wie z. B. der Verteidigungs- oder der Verkehrsetat. Ebenso wenig gibt es im Bereich der Gesundheitspolitik Steuer- oder Sozialabgaben – der Gesundheitsetat konkurriert stets mit anderen Budgets. Darüber hinaus ist der britische *National Health Service* (NHS) der am meisten vereinheitliche und territorial organisierte Gesundheitsdienst der westlichen Welt.

Als Tony Blair 1997 das Amt des Premiers antrat, versprach er sogleich die Rettung des maroden Systems: durch Dezentralisierung (mehr Entscheidungsfreiheit für Schottland, Wales und Nordirland) und durch eine massive Aufstockung der Finanzmittel beabsichtigte er die Anpassung des britischen Gesundheitswesens an europäische Standards und investierte Milliardenbeträge in den Ausbau und die Modernisierung des staatlichen Gesundheitssystems. Während Großbritannien bei Blairs Amtsantritt jährlich gerade einmal 54 Milliarden Euro für diesen Bereich ausgab, lagen die Investitionen 2007 bei umgerechnet 136 Milliarden Euro. Somit gibt Großbritannien rund 9,4 Prozent seines BIP für Gesundheit aus (1997: 6,6 Prozent) und liegt damit zwar hinter Deutschland (10,7 Prozent), jedoch noch klar im europäischen Durchschnitt.<sup>10</sup>

Vom neuen britischen Premier, den Experten besonders zu Beginn seiner Amtszeit häufig als „Anhänger der Privatmedizin“ verorteten, hat es zum Thema zukünftige Gesundheitspolitik der *Labour Party* bis heute kaum etwas Konkretes gegeben. Brown will den NHS verbessern, indem er Patienten und Ärzten mehr Entscheidungsfreiheit zugesteht. Trotzdem hat der Nachfolger Blairs inzwischen schon verlautbaren lassen, dass er sich dem Prinzip der staatlichen Gesundheitsfürsorge verpflichtet fühlt. Sollte Brown diese Aussage ernst gemeint haben, wird sich die Richtung *Labour*'scher Gesundheitspolitik unter ihm auch weiterhin wohl nur marginal verändern. Auch die im März 2008 gehaltene Budgetrede des Schatzkanzlers Alistair Darling und

---

<sup>10</sup> Siehe hierzu bei National Statistics: <http://www.statistics.gov.uk/CCI/nscl.asp?ID=5014&x=14&y=11>.

dessen Versprechen, die Investitionen in das britische Gesundheitssystem von derzeit 90 Milliarden Pfund bis 2010 auf 110 Milliarden Pfund aufzustocken, enthielten keine Hinweise auf gravierende gesundheitspolitische Veränderungen in Großbritannien.

Sollten britische Krankenhäuser jedoch weiterhin für negative Schlagzeilen sorgen, wie dies verstärkt seit Herbst 2007 der Fall ist (im Oktober des besagten Jahres waren zahlreiche britische Krankenhäuser aufgrund eklatanter Hygiene-Mängel in den Fokus der Öffentlichkeit geraten; laut einer Untersuchungskommission der Regierung Brown starben allein in drei Krankenhäusern annähernd 100 Menschen an den Folgen dieser Mängel), so wird eine heftige Debatte um die Gesundheitspolitik im Inselstaat mittelfristig unabwendbar sein. Mit kurzfristigen und einfachen Lösungen wie der Entlassung der Präsidentin der Krankenhausgesellschaft „Maidstone and Tunbridge Wells NHS Trust“, Rose Gibb, wird sich der britische Wähler dauerhaft sicherlich nicht zufrieden geben.

#### **4. Wirtschaft und Arbeit im Aufschwung: Das Produkt Brown'scher Finanzpolitik?**

Die relative ökonomische Schwäche Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflusste die Nachkriegspolitik des Inselstaates nachhaltig, konnte jedoch Ende des 20. Jahrhunderts überwunden werden. Während um die Jahrtausendwende große Teile Europas von hoher Arbeitslosigkeit betroffen waren, wies der Inselstaat 2004 mit einer Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent nicht nur eine der niedrigsten Europas (Deutschland: 9,2 Prozent; Frankreich: 9,5 Prozent), sondern der gesamten westlichen Welt auf (USA: 5,7 Prozent; Kanada: 7,4 Prozent).<sup>11</sup> Von etwa 1993 an wuchs die britische Wirtschaft deutlich schneller als die der Nachbarländer, und als weite Teile des europäischen Festlandes an wirtschaftlichem Niedergang oder Stagnation litten, konnte Großbritannien ab 1997 beachtliche Wachstumsraten verzeichnen. Auch die hohe Inflationsrate sank unter der Regierungsverantwortung von *Labour* merklich ab.

Die positive wirtschaftliche Bilanz der britischen Arbeiterpartei basiert auf unterschiedlichen Ursachen und ist in Teilen auch der Verdienst früherer konservativer Regierungen. Insbesondere die Thatcher-Jahre haben – trotz enormer Kosten – entscheidenden Einfluss auf die Struktur der Wirtschaft und den Arbeitsmarkt Großbritanniens gehabt: ineffektive Industrien wurden durch die Entwicklung des

---

<sup>11</sup> Prozentzahlen entnommen aus: Kavanagh, Dennis u. a., *British Politics*, 5. Aufl., Oxford/New York 2006, S. 540.

Hightech- und Dienstleistungssektors ersetzt, die Schwächung der Gewerkschaften machte Arbeit bezahlbarer und flexibler (allerdings auf Kosten der Sozialleistungen), und der erleichterte Zugang zu Krediten kurbelte den Konsum auf der britischen Insel an.

Der Anteil der *Labour Party* an der positiven wirtschaftlichen Bilanz Großbritanniens um und nach der Jahrtausendwende ist größtenteils dem damaligen Schatzkanzler sowie heutigen *Labour*-Parteichef und Premier Gordon Brown zu verdanken, dessen Finanzpolitik um soziale Gerechtigkeit und marktorientiertes Handeln gleichermaßen bemüht war. Browns Vision, durch wirtschaftliches Wachstum und anschließender Umverteilung Armut zu lindern, sollte jedoch nicht den liberalen Drang und die wirtschaftliche Schaffenskraft der Briten lähmen.

Brown selbst umschrieb seine anfängliche wirtschaftspolitische Arbeit als *Chancellor of the Exchequer* mit dem Wort „prudence“.<sup>12</sup> In der Tat: Seine Umsicht im Umgang mit der Aufnahme von Schulden in den ersten *Labour*-Jahren stabilisierte die wirtschaftliche Lage des Landes, verhinderte Krisen – wie sie seinerzeit Kontinentaleuropa erlebte – und erhöhte das Vertrauen in die Wirtschaft(skraft) des Inselstaates. Für einen gesellschaftlichen Umbau konsolidierte Brown den Haushalt, akzeptierte stillschweigend die Errungenschaften Thatchers im Kampf gegen die Gewerkschaften und entließ die Zentralbank in die Unabhängigkeit. Auch das Pfund Sterling konnte sich gegenüber dem Euro behaupten. Auf die „Prudence“-Phase folgten die für den angekündigten Umbau der Gesellschaft notwendigen Investitionen: die Ausgaben für das Gesundheitssystem wurden von ca. 7 auf 9 Prozent des BIPs erhöht – bis 2010 sollen rund 100 neue Krankenhäuser gebaut werden, und auch in die Bildung wurde kräftig investiert.

Ein weiteres ehrgeiziges Ziel der damaligen britischen Regierung war die Bekämpfung der Kinderarmut. Bei der *Labour*-Wahl im Jahr 1997 lebten in Großbritannien 4,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze. Bis 2020, so versprach es Brown, solle dieser „Makel der Gesellschaft“<sup>13</sup> beseitigt worden sein. Brown erhöhte daher das Kindergeld und entlastete die ärmsten Familien von Steuern; finanziert wurden die vorhandenen Ausgaben durch gestiegene Steuereinnahmen und entsprechende Umverteilungsmaßnahmen.

---

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 532-536.

<sup>13</sup> Vgl. Jungclaussen, John F., Die beste Zeit war früher: Im Juli soll Gordon Brown britischer Premierminister werden. Eine Bilanz seiner zehn Jahre als Schatzkanzler, in: Die Zeit v. 03.05.2007, S. 33.

Zu einer wirtschaftspolitischen Kursänderung dürfte es in absehbarer Zeit wohl nicht kommen, denn als ehemaliger Schatzkanzler hat Brown die *Labour*'sche Wirtschaftspolitik unter Blair entscheidend und in weiten Teilen auch erfolgreich mitgeprägt: Im April 2007 begann das 58. Quartal ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums. Das Bruttoinlandsprodukt hat seit fast 15 Jahren jährlich durchschnittlich um 2,8 Prozent zugelegt und wuchs unter Brown von 1,5 auf 1,9 Billionen US-Dollar. Die Zahl der Arbeitslosen sank zudem auf 1,7 Millionen.<sup>14</sup> Trotz kleinerer wirtschaftlicher – hauptsächlich global bedingter – Einbrüche in der ersten Hälfte des Jahres 2008 sprechen diese Fakten für die Politik des ehemaligen Schatzkanzlers, der ökonomischen Themen auch in seinem neuen Amt als Premier oberste Priorität einräumt.

## 5. **Kriminalität, innere Sicherheit, Einwanderung: Der alte oder doch ein neuer Kurs?**

Auch im Bereich der inneren Sicherheit sind mit dem Regierungswechsel Blair/Brown Zeichen der Kontinuität britischer *Labour*-Politik auszumachen. Auf dem Parteitag in Bournemouth 2007 kündigte Premierminister Brown einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Ordnung, zur Verschärfung der Gesetze, zum Ausbau der Gefängnisse und zur kontrollierten Begrenzung der Zuwanderung an. Damit führt er nach einigem Zögern die politische Rhetorik seines Amtsvorgängers fort. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit – traditionell eher konservatives Terrain – hatte sich Brown nach dem Rücktritt Blairs zunächst angreifbar gemacht. David Cameron, Oppositionsführer und Parteivorsitzender der *Conservative Party* sowie sicherer Anwärter auf das Amt des nächsten britischen Premiers, warf Brown vor, auf britischen Straßen herrsche „Anarchie“, der gesellschaftliche Zusammenhalt sei gefährdet und Brown unfähig, Kriminalität und Gewalt wirksam zu bekämpfen.

Letzterer antwortete darauf mit dem Versprechen, „niederschwelliger Kriminalität in allen Gemeinden“ und „antisozialem Verhalten“ den Kampf anzusagen. Jacqui Smith, seit Amtsantritt Browns Innenministerin, ging – nicht zuletzt wegen der anhaltenden Diskussion um die so genannte Messer-Kultur (insbesondere in London, aber auch im Rest des Landes) – noch einen Schritt weiter und kündigte „null Toleranz“ gegenüber Kriminalität und terroristischer Gewalt an.

---

<sup>14</sup> Vgl. dazu unter: <http://zeus.zeit.de/text/2007/19/Brown>.

Auch wenn die Ansätze und Positionen *New Labours* im Bereich der inneren Sicherheit und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im 20. Jahrhundert leicht variierten, sind zwischen Blair'schen und Brown'schen Plänen zur Eindämmung von Gewalt doch eindeutige Kontinuitätslinien zu beobachten.

Die von *Old Labour* zur Bekämpfung der Kriminalität gewählte „traditionelle“ Grundidee, die am deutlichsten in der Zeit zwischen 1964 bis 1970 zu erkennen war, erklärte kriminelles Verhalten in der Gesellschaft hauptsächlich durch das Aufwachsen und Leben von Straftätern in verarmten sozialen Verhältnissen. Aufgrund dieses Erklärungsansatzes konzentrierte sich die *Labour*-Partei vorrangig auf die Verringerung sozialer Benachteiligung und auf soziale Rehabilitation. Der neue Ansatz der britischen Arbeiterpartei sieht soziale Ausgrenzung ebenfalls als Hauptursache krimineller Energie, stützt sich darüber hinaus aber auch auf das Argument, dass Individuen ihre Taten zu einem Großteil selbst zu verantworten haben. Obwohl sich *New Labour* mit dieser Auffassung einer konservativeren Rhetorik annähert, scheint das Hauptaugenmerk weiterhin auf der Doppelstrategie zu liegen, einerseits „tough on crime“, andererseits aber auch „tough on the cause of crime“ zu sein.<sup>15</sup>

Diese doppelte Strategie zeichnete sich bereits in der Ära Blair ab. Auch wenn die unter ihm agierenden *Home Secretaries* Jack Straw (1997-2001), David Blunkett (2001-2004) und Charles Clarke (2004-2006) unterschiedliche Akzente setzten, tendierten sie alle drei zu einer Kombination aus vorbeugender und nachträglicher sowie indirekter („softer“) und direkter („tougher“) Maßnahmen gegenüber Straftätern. Als Beispiel für dieses duale Vorgehen dient die Verbesserung sozialer Rehabilitationsmaßnahmen einerseits, die Einführung beschleunigter Verfahren gegen junge Wiederholungsstraftäter unter Jack Straw andererseits. Auch seine Nachfolger David Blunkett und Charles Clarke, die sich mit der Halbierung der Einbruchsrates, der Verbesserung der Ausstattung von Kommunen zur Kriminalitätsbekämpfung, der Aufstockung der präsenten Polizisten oder der Einführung von *Identity Cards* hohe Ziele setzten, folgten dem neuen – „tougheren“ – Kurs der *Labour Party*.

Auch Jaqui Smith, deren Agenda neben der Bekämpfung „gewöhnlicher“ Kriminalität zu weiten Teilen von der Eindämmung terroristischer Gefahren geprägt sein wird, schloss sich der härteren Gangart ihrer Vorgänger an und führt die Linie

---

<sup>15</sup> Kavanagh, Dennis u. a., *British Politics*, 5. Aufl., Oxford/New York 2006, S. 600-616.

sicherheitspolitischer Kontinuität und vorbeugender Taktik *New Labours* fort. Der Gefahr terroristischer Anschläge will Smith durch die „Unterstützung der Gemeinschaften, die anfällig sind“, entgegenwirken. Auch die technische Ausrüstung der Polizei soll zeitnah modernisiert werden; darüber hinaus soll eine neue Grenzpolizei schon bald ihre Arbeit aufnehmen. Trotz grundlegender Kontinuität sind bei der amtierenden britischen Innenministerin aber auch neue Akzente zu erkennen: Smith zielt darauf ab, bestimmte Aufgaben von Polizei und Gerichten künftig auf lokale Verwaltungen und sogar auf Einzelpersonen zu übertragen. So will sie beispielsweise das Recht auf Selbstverteidigung juristisch stärken lassen. Es könnten dann „Nachbarschaftspatrouillen“ aufgestellt werden, die in den Innenstädten für „Recht und Ordnung“ (*law and order*) sorgen. Zu diesem Zweck sollen für Polizei, Ortsverwaltung und andere Behörden Budgets zur Bekämpfung von Kriminalität, Ruhestörungen und Drogenhandel bereitgestellt werden. Kritiker argumentieren, dass die Strafverfolgung in Großbritannien auf diesem Wege „entprofessionalisiert“ werde.

Jack Straw, ehemaliger Innen- und Außenminister unter Blair und heutiger Lordkanzler und Justizminister Browns, bewies durch seine Verlautbarung beim Parteitag in Bournemouth 2007 – mit der Rechtfertigung gegenwärtiger sicherheitspolitischer Maßnahmen – einmal mehr die Kontinuität der beiden Regierungen: „Das Gesetz durchzusetzen und für Gerechtigkeit zu sorgen, ist nicht nur die Angelegenheit der anderen – der Gerichte, der Bewährungshelfer und Polizei –, sondern die Aufgabe von uns allen.“ *Labour* habe, so Straw weiter, „20.000 zusätzliche Gefängnisplätze eingerichtet“, sprich doppelt so viele wie die Konservativen.

Dass die Zahl der Inhaftierten seit Beginn der 1990er-Jahre stark gestiegen ist,<sup>16</sup> liegt nicht zuletzt an der strengeren Gesetzgebung seit der Amtszeit Tony Blairs. Nach den Vorwürfen der *Tories*, dass *Labour* im Bereich der inneren Sicherheit untätig und unfähig sei, versucht die britische Arbeiterpartei auch unter ihrem neuen Premier alle Themen zu besetzen, mit denen die Konservativen in der Öffentlichkeit womöglich punkten könnten. Das gilt nicht nur für das Bedürfnis nach Sicherheit, Ruhe und Ordnung, sondern inzwischen auch für ein Thema, das in der Vergangenheit eher von der Rechten des politischen Spektrums besetzt wurde: das Thema *Immigration*.

---

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 611.

Seit der EU-Osterweiterung strömen jährlich bis zu 200.000 Menschen (dies ist dokumentiert!) in den Inselstaat – beim Amtsantritt Blairs 1997 waren es nur rund 32.500.<sup>17</sup> Schon damals hatte die Regierung erste Anstrengungen unternommen, die Zahl der Einwanderer kontrollierbar zu machen, um die staatlichen Sozialsysteme vom Immigrationsdruck zu befreien und dem Problem der Kriminalität Herr zu werden (70 Prozent der in britischen Gefängnissen Inhaftierten gehören einer ethnischen Minderheit an). Noch im März 2008 wird ein neues Einwanderungsgesetz in Kraft treten, das, vergleichbar mit dem Australiens, Einwanderung nach ökonomischem Nutzen steuert. Die Einwanderungsdynamik wiederum soll mithilfe eines Punktsystems erfasst werden. Es ist kein Zufall, dass die Parteiführung auf dem *Labour*-Treffen in Bournemouth immer wieder darauf hinwies, bald würden weniger Arbeitskräfte ins Land kommen. Gleichzeitig soll der Kampf gegen die illegale Einwanderung intensiviert werden. Auf einer Sitzung des Gewerkschaftsbundes *Trade Union Congress* versprach Gastredner Brown gar „einen britischen Arbeitsplatz für jeden britischen Arbeiter“. Ferner kündigte er Sprachtests für Nicht-EU-Arbeitsmigranten an.

## 6. Umweltpolitik – eine schwierige Gratwanderung

Dem Thema Umwelt und der Frage nach den Möglichkeiten zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wird Gordon Brown noch größere Aufmerksamkeit schenken als Tony Blair. Einerseits möchte Großbritannien im Umweltschutz weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen, andererseits muss es jedoch auch die Wirtschaftskraft des Landes aufrechterhalten – ein schwieriger Spagat für den Premier: Zwar hat Brown bereits als Schatzkanzler steuerliche Anreize versprochen, um private Haushalte zu mehr Energiesparen anzuregen. So sollen in den kommenden zehn Jahren zehn Millionen Haushalte mit staatlicher Hilfe wärmedämmend isoliert werden; gleichzeitig sollen in britischen Haushalten bis zum Jahr 2011 weitgehend alle alten Glühbirnen gegen neue, energiesparende ausgetauscht werden. Dennoch begibt sich der jetzige Premier mit seinen guten Vorsätzen auf gefährliches Terrain: Eine Untergrabung der Wettbewerbsfähigkeit britischer Unternehmer oder eine Schwächung wachstumsstarker britischer Wirtschaften wie dem (*Low-Cost*-)Flugverkehr kann sich der Premier keinesfalls erlauben. Auch darf

---

<sup>17</sup> Zahlen entnommen aus: Kavanagh, Dennis u. a., *British Politics*, 5. Aufl., Oxford/New York 2006, S. 582.

Brown die neue „grüne“ Gesinnung seines schärfsten Rivalen um das Amt des nächsten Premierministers, David Cameron (*Conservative Party*), nicht unterschätzen. „Wir mögen auf internationaler Ebene auf mehr Fortschritte in der Umweltpolitik pochen, müssen und können aber in unserem eigenen Lande härtere Einschnitte vornehmen“,<sup>18</sup> warnt Cameron, der mit seiner Umweltrhetorik viele Pluspunkte hat sammeln können.

### III. Zweiter Teil: Großbritanniens Außenpolitik

#### 1. Einleitende Bemerkungen: Britische Außenpolitik und die Notwendigkeit zur Anpassung

Das Ende des Ost-West-Konflikts zu Beginn der 1990er-Jahre hat auch in Großbritannien ein verändertes Sicherheitsdenken nach sich gezogen. Traditionell innenpolitische Themen wie Terrorismus, Drogenschmuggel, organisierte Kriminalität und illegale Immigration sind im Kontext der seit 1989/90 geltenden „Neuen Weltordnung“ (*New World Order*) und im Zuge der sich rasant fortentwickelnden Globalisierung nicht mehr nur Themen der innenpolitischen, sondern auch zum festen Bestandteil der außenpolitischen Agenden der westlichen Industrienationen geworden. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gerieten diese Konflikte noch stärker in den außenpolitischen Fokus; der „Krieg gegen den Terror“ (*War on Terror*) veränderte die Weltordnung nach 1989/90 ein zweites Mal innerhalb einer kurzen Periode und ließ die Trennlinien zwischen innen- und außenpolitischen Themen verblassen. Jack Straw, früherer Außenminister Großbritanniens (Amtszeit: 2001-2006), stufte die Lage in einem im Dezember 2003 veröffentlichten Dokument des *Foreign & Commonwealth Office* (FCO) unter anderem wie folgt ein: „[F]oreign affairs are no longer really foreign. What happens elsewhere increasingly affects us at home, [...]“<sup>19</sup>

Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit haben traditionelle Vorstellungen der britischen Außenpolitik abgelöst und stellen den Inselstaat im 21. Jahrhundert vor neue Herausforderungen: Wie sieht Großbritanniens gegenwärtige und zukünftige

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu:

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EC25E42BB21D7402E94D4AC8A2158A08E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

<sup>19</sup> Das Strategiepapier „UK International Priorities. A Strategy for the FCO“ (Dezember 2003) ist abrufbar unter: <http://www.sovereignty.org.uk/siteinfo/newsround/FCOStrategyFullFinal.pdf> (f. Zitat siehe S. 2 unten).

weltpolitische Rolle aus? Was wird aus Großbritanniens „Special Relationship“ zu den USA? Und welches Verständnis haben die Briten von ihren Aufgaben in und für Europa?

## 2. Britische Außenpolitik im Kontext veränderter internationaler Rahmenbedingungen

Der 1997 von *New Labour* eingeschlagene außenpolitische Kurs löste die unter den konservativen Premiers Margaret Thatcher und John Major dominierende realistische und den Nationalstaat fokussierende Sicht internationaler Politik ab und orientierte sich im Rahmen einer idealistischeren Interpretation internationaler Beziehungen an einer von Interdependenzen und Kooperation bestimmten außenpolitischen Agenda. Der erste *Foreign Secretary* unter Blair, Robin Cook (Amtszeit: 1997-2001), sprach in diesem Zusammenhang von einer „ethischen Dimension“ *Labour*'scher Außenpolitik. Großbritannien wolle – so Cook – die Menschenrechte stärken, Werte wie Demokratie und Freiheit fördern, sowie eine härtere Position gegenüber dem internationalen Waffenhandel einnehmen. Auch gegenüber der EU bedürfe es eines positiveren und offeneren Kurses.

Die *De-facto*-Außenpolitik der *Labour Party* war jedoch eine gänzlich andere: Trotz eines auf britische Initiative hin verhängten UN-Embargos akzeptierte das FCO 1997 unter anderem Waffenlieferungen des britischen Konzerns „Sandline International“ nach Sierra Leone, und der Inselstaat exportierte – trotz brutalen Vorgehens der indonesischen Regierung gegen die Opposition in Osttimor und gegen Studentenproteste – Waffen nach Indonesien.

Auch in Europa brach Blair durch die militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten im Irak sein Versprechen, sich für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU einzusetzen. Genauso wie seinerzeit Thatcher zeigte sich Premier Blair enttäuscht von der Langsamkeit und Zögerlichkeit der europäischen Staaten in Bezug auf politische Entscheidungsprozesse.

Der britische Militäreinsatz im Irak spaltete die öffentliche Meinung Großbritanniens im Jahr 2003 erstmals wieder so sehr wie seit dem Suez-Krieg (1956) nicht mehr. Die *Labour*-Regierung unterstützte die Vereinigten Staaten ohne Resolution des UN-Sicherheitsrates und, wie von der britischen Presse behauptet, „blind“. Blairs politisches Engagement *in puncto* militärisches Vorgehen zog schwer wiegende Folgen

nach sich: Nicht nur litt sein Ansehen in der eigenen Partei, in Großbritannien und in der Welt dramatisch, auch verschlechterte sich das politische Klima zwischen dem Inselstaat und wichtigen europäischen Partnern wie Frankreich und Deutschland zusehends. Gleichzeitig schwächte der Irak-Einsatz den britischen Einfluss auf andere „Schurkenstaaten“ (*rogue states*) wie Iran, Syrien oder Nordkorea. Nicht zuletzt bezahlte Tony Blair für seine Irak-Entscheidung bei den Unterhauswahlen des Jahres 2005, bei denen – laut Untersuchungen – bis zu 25 Prozent der *Labour*-Wähler zu den *Liberal Democrats* überliefen. Der in der britischen Presse als „America’s poodle“ verhöhnte Blair hätte aus Sicht seiner Kritiker stärker auf US-amerikanisches Engagement für Frieden im Nahen Osten sowie auf Unterstützung bei der Realisierung des Kyoto-Protokolls drängen sollen.

Gordon Brown hat – im Hinblick auf die nächste Wahl – das in Großbritannien unpopuläre außenpolitische Vorgehen Blairs im Irak als Anlass für eine Kurskorrektur in der Außenpolitik Großbritanniens genommen. Die Ziele des Landes werden jedoch dieselben bleiben: Das Fundament *Labour*’scher Außenpolitik, das auf Kooperation, Internationalismus und einer idealistischen Sichtweise internationaler Beziehungen beruht, ist auch Basis der auswärtigen Politik Browns. In diesem Kontext sprach Brown in einer Rede am 12. November 2007 beim *Lord Mayor’s Banquet* von Großbritanniens „zeitlosen Werten“, die aufgrund ihrer moralischen Substanz nicht nur „zuhause“, sondern auch im Rest der Welt vertreten werden müssten: „Yet the timeless values that underpin our policies at home – our belief in the liberty of all, in security and justice for all, in economic opportunity and environmental protection shared by all – are also ideals that I believe that it is in our national interest to promote abroad.“<sup>20</sup>

Trotz Kontinuität hinsichtlich der Grundlinien und des Fundaments *Labour*’scher Außenpolitik setzen Gordon Brown und sein *Foreign Secretary* David Miliband neue Akzente in der gegenwärtigen auswärtigen Politik Großbritanniens. Dabei ist man vonseiten des Außenministeriums insbesondere um eine authentische und globale Politik bemüht. Die außenpolitische Agenda des neuen britischen Premiers fordert verbesserte Rahmenbedingungen für:

- den Kampf gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Kollaps „schwacher Staaten und Gesellschaften“;

---

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Website von *No. 10 Downing Street* unter: <http://www.pm.gov.uk/output/Page13736.asp>.

- neue Initiativen gegen illegale Waffenlieferungen, den Abbau von Bürokratie, die Erneuerung internationaler wirtschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse wie der EU, die Brown für externe Themen sensibilisieren will;
- die Vergrößerung des UN-Sicherheitsrates, dem seiner Meinung nach Staaten wie Deutschland, Japan, Brasilien, Indien und ein afrikanischer Staat angehören sollten;
- die Erweiterung der so genannten Gruppe der Acht (kurz: „G-8“).<sup>21</sup>

Noch stärker als sein Amtsvorgänger Blair plädiert Brown als überzeugter „Internationalist“ für die globale Bekämpfung internationaler Konflikte. Zu diesen zählt der Schotte in britischen Diensten primär den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Beobachtung finanzieller Interdependenzen der Staaten und damit einhergehende mögliche globale Konsequenzen, die Eindämmung des Klimawandels und die Reduzierung von Armut in der Dritten Welt. Mit der Lösung dieser globalen Probleme kann nach Meinung Browns nicht ein einzelner Staat, sondern einzig und allein die internationale Staatengemeinschaft betraut werden. Internationale Organisationen wie die Weltbank, die Vereinten Nationen (VN) und – in einem kleineren Rahmen – die EU sind für den Premier das Fundament nicht nur der Weltpolitik, sondern auch der Außenpolitik Großbritanniens.

### **3. Tony Blair und Gordon Brown: Zwei Seiten derselben (außenpolitischen) Medaille?**

Auch wenn Gordon Brown während seiner zehnjährigen Amtszeit als Schatzkanzler bzw. *Chancellor of the Exchequer* die Irakpolitik des früheren Premiers Tony Blair weitgehend mitgetragen hat,<sup>22</sup> bedeutet dies keineswegs, dass die Ansichten der beiden *Labour*-Politiker in außenpolitischen Fragen grundsätzlich deckungsgleich sind. Sollte es dieser Annahmelogik zufolge Akzentverschiebungen in der britischen Außenpolitik unter dem neuen Premierminister geben, woran lassen sich diese konkret festmachen?

Browns Sicht von der Welt(politik) ergibt sich aus einem anderen Blickwinkel in Bezug auf die Perzeption und Deutung internationaler Entwicklungen und Prozesse. So fokussiert er stärker die wirtschaftspolitischen Aspekte in den internationalen Beziehungen als sein Amtsvorgänger und führt globale Probleme primär auf vorhandene

---

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Website von *No. 10 Downing Street* unter: <http://www.pm.gov.uk/output/Page13736.asp>.

<sup>22</sup> Vgl. Hoff, Henning, Vom Pudel zur Bulldogge. Abschied von einer Dekade Blairismus: Machtwechsel in Großbritannien, in: IP, 62. Jg. (Juli/Aug. 2007) H. 7/8, S. 122-127 (126).

ökonomische Asymmetrien zurück. Gerade im Bereich der Außenpolitik scheint Brown den Schlüssel zu einer positiven globalen Gesamtentwicklung in einer nachhaltigen Entwicklungspolitik zu sehen, die sich vor allem eine entschlossene Bekämpfung der weltweiten Armut zum Ziel gesetzt hat. Diese entwicklungspolitische Agenda soll dann von bildungspolitischen Initiativen und einer sie begleitenden Öffnung der Märkte flankiert werden – so die dahinter stehende Idee.<sup>23</sup>

Aber auch mit Blick auf den Stellenwert internationaler Kooperation für die Außenpolitik Großbritanniens lassen sich signifikante Unterschiede zwischen Blair und Brown feststellen: Während Blair einen multilateralen Kooperationsansatz im institutionellen Rahmen der EU sowie einen bilateralen Ansatz zur politisch-militärischen Zusammenarbeit mit den USA präferierte, tendiert Brown eher dazu, internationale Kooperation als eine von mehreren Optionen zur Durchsetzung eigener politischer Ziele zu sehen.<sup>24</sup> Etwaige (Bündnis-)Verpflichtungen im europäisch-transatlantischen Bezugsrahmen sieht der Schotte als weniger verbindlich an als dessen Vorgänger Blair, sodass daraus abgeleitet werden kann, dass ein zunehmend eigenmächtiges politisches Handeln – auch in Bezug auf den „natürlichen“ Bündnispartner USA – unter Brown zu erwarten steht. Welche Konsequenzen eine solche Politik des „nationalen Interesses“ (in Browns bisherigen Reden ist dieser politikwissenschaftlich vage und vieldeutige Begriff omnipräsent) haben wird, bleibt abzuwarten. Sehr wahrscheinlich dürfte dies aber das politische Alltagsgeschäft mit Großbritannien für viele westliche Partner nicht unbedingt leichter machen.

Akzentverschiebungen sind darüber hinaus auch im Bereich der Bündnis- und Sicherheitspolitik Großbritanniens unter Brown zu erwarten: Der neue Premier sieht die Lösung von Konflikten im internationalen Kontext durch einseitiges militärisches Vorgehen als weniger zielführend an als sein Vorgänger Blair, dessen Interventionspolitik im Irak im Laufe der letzten Jahre zu einer zunehmenden Ablehnung und einem starken Imageverlust (66 Prozent Unzufriedenheit vs. 28 Prozent Zufriedenheit mit der politischen Arbeit Blairs)<sup>25</sup> des einstigen Polit- und Medienstars in der britischen Bevölkerung führte. Brown dagegen setzt insbesondere auf globale wirtschaftliche

---

<sup>23</sup> Vgl. dazu u. im Folgenden Hofmann, Stephanie C./Parkes, Roderick, Von Blair zu Brown. Wohin des Weges? Neue Führung, neue Prioritäten, neue Außen- und Europapolitik, SWP-Aktuell 41, Berlin 2007, S. 2.

<sup>24</sup> Vgl. ebd.

<sup>25</sup> Vgl. UK Polling Report, Ipsos MORI, 25.04.2007, abrufbar unter: <http://ukpollingreport.co.uk/blog/leaders/blair/>.

Aufbauarbeit, die bestehende Asymmetrien abbauen helfen soll, was sich wiederum positiv auf das gemeinsame deutsch-britische Interesse an einer engen bilateralen Zusammenarbeit auswirken könnte.<sup>26</sup> Besonders die umwelt-, entwicklungs- und energiepolitische Agenda von Bundeskanzlerin Angela Merkel würde hier eine geeignete Basis für eine deutsch-britische Interessenaggregation sowie wechselseitige politische Kooperationsgewinne bieten.

#### **4. Die Europäische Union und Großbritannien: Wie weiter mit der britischen EU-Politik?**

Auch im Bereich der europäischen Politik sind trotz des Regierungswechsels Blair/Brown deutliche Kontinuitätslinien zu erkennen. Obwohl das Thema Europa/EU im Wahlkampf von *New Labour* 1997 keine große Rolle gespielt hatte, zeigte sich die britische Arbeiterpartei während der Amtszeit Blairs durchaus proeuropäisch – getreu dem Motto: „We want to be at the heart of Europe.“

Anders als die euroskeptischen *Tories* betrachtete die *Labour*-Partei den Prozess der europäischen Integration auch als Chance für die politische Gestaltungskraft Großbritanniens in der Europäischen Union.<sup>27</sup> Weitere politische Argumente kamen noch hinzu: Erstens entwickelte die EU in den Augen von *New Labour* eine zunehmend soziale Dimension und erschien nicht mehr länger als „Klub der Kapitalisten“; zweitens hinterließ die strikt antieuropäische Position der Konservativen ein Vakuum im Zentrum des Spektrums britischer Politik, das eine modernisierte *Labour*-Partei zu füllen gewillt war; und drittens schließlich orientierte sich das Denken *Labours* zeitweise an wettbewerbsfähigen, erfolgreichen und sozial kohäsiven Mitgliedstaaten mit stärker konsensuellen Formen des Kapitalismus wie der Bundesrepublik Deutschland.<sup>28</sup>

Nach seiner Wahl zum Premierminister nutzte Blair die in Europa vorhandenen Handlungsspielräume und bekundete den Willen zu einer positiven, konstruktiven und führenden Rolle Großbritanniens in der EU. Man unterzeichnete das „soziale Kapitel“ (*social chapter*) und den Amsterdamer Vertrag (2. Okt. 1997), sicherte sich aber gleichzeitig

---

<sup>26</sup> Vgl. hierzu u. im Folgenden Bulmer, Simon/Parkes, Roderick, Die Berlin-London-Verbindung. Erst Funkstille, jetzt Standleitung? Die Perspektiven für eine erneuerte bilaterale Kooperation in EU-Angelegenheiten, SWP-Aktuell 10, Berlin 2008, S. 3.

<sup>27</sup> Vgl. Bulmer, Simon, Großbritannien und/in Europa, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 549-570 (563).

<sup>28</sup> Vgl. Kavanagh, Dennis u. a., *British Politics*, 5. Aufl., Oxford/New York 2006, S. 166.

eine Ausstiegsklausel bei Bestimmungen zur Einwanderung und zum Asyl, drängte weiter auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), verdeutlichte Großbritanniens unnachgiebige Haltung in der Rabatt-Frage und betonte die zentrale Rolle der NATO für die europäische Verteidigungspolitik.

Trotz der relativ proeuropäischen Haltung der *Labour*-Partei zeigten sich vor allem in der Euro-Frage Differenzen zwischen vielen Mitgliedstaaten und dem britischen Volk. Während Tony Blair dafür plädierte, die Briten mithilfe eines Referendums über den Euro abstimmen zu lassen, sprach sich Gordon Brown hingegen deutlich gegen den Euro aus und verhinderte 2003 schließlich auch dessen Einführung.

Im Wahlkampf des Jahres 2005 spielte die EU ebenfalls eine nur untergeordnete Rolle. Die Konservativen rückten verstärkt Themen wie Kriminalität, Steuern und Immigration in den Fokus der Aufmerksamkeit; zusätzlich erschwerten der britische Einsatz im Irak sowie der Rabatt-Streit die britischen Beziehungen mit europäischen Staaten wie Frankreich und Deutschland.

*Summa summarum* ist Tony Blair in Europa trotzdem nicht ohne Erfolg geblieben: Sein Ziel, die ambivalente Haltung Großbritanniens gegenüber Europa abzubauen, hat der ehemalige Premier zwar nicht erreichen können; dennoch hat er mit dem Aufbau einer EU-Eingreiftruppe oder der Initiierung der Lissabon-Agenda wichtige Teilerfolge für Europa und die Europäische Union verbuchen können.

Auch nach der Amtsübernahme von Gordon Brown wird *Labour* im Kern weiterhin proeuropäisch bleiben. Selbst wenn er manchen als Europaskeptiker gilt, hat der neue Premier wiederholt deutlich gemacht, der EU grundsätzlich positiv gegenüber zu stehen und ihr politisches Konzept zu teilen.<sup>29</sup> Browns enger Vertrauter Edward („Ed“) Balls, seit Ende Juni 2007 *Secretary of State for Children, Schools and Families*, nannte die Europapolitik des Premierministers einmal „hard-headed“ und bezieht sich damit auf dessen einerseits von Widersprüchen und andererseits von Rationalität geprägten „Proeuropäismus“ (Henning Hoff). Trotzdem bleiben Zweifel bestehen: Brown, der die politischen Interessen des europäischen Kontinents nüchtern und pragmatisch verfolgen

---

<sup>29</sup> Zum europapolitischen Programm Browns u. dessen Bewertung vgl. auch die DGAP-Analyse „Der gebremste Europäer. Gordon Browns Europa-Politik“ (Febr. 2008, Nr. 1, bes. S. 6-10) von Jan Techau, einsehbar unter: [http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1dcd95ee574d01ed95e11dc9994390753e9f7e3f7e3/2008-01\\_dgapana\\_techau\\_www.pdf](http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1dcd95ee574d01ed95e11dc9994390753e9f7e3f7e3/2008-01_dgapana_techau_www.pdf).

möchte (er selbst verwendet das Schlagwort „pro-European realism“<sup>30</sup>), kritisierte schon zuvor als Schatzkanzler das veraltete und überholte System der EU, ihren zum Teil ineffektiven *Output* sowie ihren nur „nach innen“ gerichteten politischen Blickwinkel.<sup>31</sup> Der Premier fordert von Europa eine „selbstbewusstere Vision“, mehr intergouvernementale Kooperation mit reformiertem Haushalt – gleichzeitig weniger Zentralität und europäische Staatenbildung. Dem Euro-Raum will Brown nach wie vor nicht beitreten; auch ein Referendum über die Einführung der europäischen Währung ist in weite Ferne gerückt. Damit nimmt Brown nicht nur Rücksicht auf die Euro-Skepsis seiner Landsleute, vielmehr sieht er auch weiterhin finanzpolitische Gründe für die Beibehaltung des Pfund Sterling.

Auch Browns *Foreign Secretary* David Miliband, dessen Vater in Brüssel und Mutter in Polen geboren wurden, vertritt eine ähnliche Sichtweise. Wie Brown verweist auch er auf die künftigen Probleme Europas: die Bedrohung von Wohlstand und Sicherheit, den Klimawandel, schwindende Ressourcen oder drohende Konsequenzen durch den Zusammenbruch schwacher Staaten und Gesellschaften.<sup>32</sup> Dennoch warnt Miliband davor, die Auswirkungen der Globalisierung ausschließlich negativ zu bewerten. Stattdessen fordert er eine pragmatische Reaktion Europas, dessen Staaten es – auf sich allein gestellt – an Kraft und Macht für eine adäquate Antwort auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fehlt. Als Regionalmacht traut Miliband der EU jedoch durchaus die Lösung der aktuellen Probleme zu. In diesem Zusammenhang sieht er aber auch die dringende Notwendigkeit zu einem Umdenken bei den europäischen Bürgern sowie zu einer institutionellen Reform: „For success, the EU must be open to ideas, trade and people. It must build shared institutions and shared activities with its neighbours. It must be an Environmental Union as well as a European Union. And it

---

<sup>30</sup> Vgl. die Brown-Rede „Global Britain, Global Europe. A Presidency Founded on Pro-European Realism“ vom 22. Juni 2005 unter:

<http://www.britishhighcommission.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1025869666621&a=KArticle&aid=1119511263630>.

<sup>31</sup> Eine Gesamtschau der Brown'schen Vorstellung von einem „new Global Europe“ liefert unter anderem das *HM-Treasury*-Pamphlet „Global Europe. Full-employment Europe“ (October 2005), abrufbar unter: [http://www.hm-treasury.gov.uk/media/2/A/global\\_europe\\_131005.pdf](http://www.hm-treasury.gov.uk/media/2/A/global_europe_131005.pdf).

<sup>32</sup> Vgl. hierzu im Detail das politische Pamphlet „Global Europe. Meeting the Economic and Security Challenges“ (published jointly by the Cabinet Office and the FCO, October 2007) von Gordon Brown u. David Miliband unter: [http://www.fco.gov.uk/Files/KFile/FCO\\_BEU\\_DOC\\_GlobalEurope71022.pdf](http://www.fco.gov.uk/Files/KFile/FCO_BEU_DOC_GlobalEurope71022.pdf).

must be able to deploy soft and hard power to promote democracy and tackle conflict beyond its borders.“<sup>33</sup>

Große Brüche wird es in der Europapolitik der *Labour Party* nach dem Wechsel an der Parteispitze somit nicht geben – allein schon aus wahltaktischen Erwägungen kann *Labour* seine tendenziell proeuropäische Haltung nicht noch weiter ausbauen.<sup>34</sup> Im Detail aber wird sich das politische Handeln Browns auf europäischer Ebene von dem seines Vorgängers sicherlich unterscheiden; insbesondere die Einführung des Euro auf der britischen Insel ist mit dem Amtsantritt des Schotten noch unwahrscheinlicher geworden. Die europapolitische Linie *Labours* ist zusammenfassend jedoch eine kontinuierliche.

## 5. Amerikanisch-britische *Special Relationship* nach der Ära Blair: Kurswechsel unter Brown?

Der Begriff „Special Relationship“ beschreibt einerseits sehr anschaulich das enge Beziehungsgefüge – was gemeinsame Sprache, Wertekanon und kulturelle Wurzeln angeht – zwischen US-Amerikanern und Briten seit den frühen Tagen der Besiedlung Nordamerikas durch englische Siedler;<sup>35</sup> andererseits ist er jedoch wenig zielführend, wenn es um die realpolitische Einschätzung dieser „Sonderbeziehung“ geht. So wird hierbei oftmals übersehen, dass sich Großbritannien stets um ein „Ausbalancieren“ (*balancing*) seiner bilateralen Beziehungen zu den USA auf der einen Seite sowie seiner Beziehungen zu Europa bzw. zur EU und dem restlichen *Commonwealth* auf der anderen bemühte, um nicht in allzu einseitige Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten. In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, dass Großbritannien keineswegs ein gleichberechtigter Partner – im Sinne einer Konstellation *inter pares* – an der Seite der „Weltführungsmacht“ (Werner Link) ist, sondern vielmehr in einer Art Juniorpartnerfunktion an der Seite der USA seine ihm aufgrund der Machtverteilung (zu einseitig und erdrückend ist doch die amerikanische Suprematie in militärischer,

---

<sup>33</sup> Die vollständige Rede des britischen Außenministers David Miliband vom 15. November 2007 ist abrufbar unter: <http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391647&a=KArticle&aid=1194715986447>.

<sup>34</sup> Einen Stimmungsbericht in diesem Kontext liefert Stehling, Thomas Bernd, UK und der EU-Reformvertrag. Die Debatte in Großbritannien zum Vertrag von Lissabon, Länderbericht des Londoner Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 15.01.2008, S. 1-4 (1-2), abrufbar unter: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/laenderberichte/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_12783\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_12783_1.pdf).

<sup>35</sup> Vgl. dazu u. im Folgenden Fröhlich, Stefan, Special Relationship. Großbritannien und die USA, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 533-548 (533).

politischer und ökonomischer Hinsicht) im internationalen System zugewiesene Rolle wahrnimmt. Obgleich das Land in der Vergangenheit redlich darum bemüht war, Anerkennung und Gleichberechtigung gegenüber dem weltpolitischen „Titan“ zu erlangen, bleibt eine vollständige politische Emanzipation bis auf Weiteres mehr Wunschtraum als Realität.<sup>36</sup>

Ungeachtet des permanenten britischen Bestrebens um Positionsgewinne auf internationaler Ebene gilt es außerdem in den Blick zu nehmen, dass es nicht nur Übereinstimmungen zwischen Großbritannien und den USA gibt, sondern – bei genauerer Betrachtung – durchaus einige deutliche Positionsdifferenzen erkennbar sind. Diese beziehen sich sowohl auf die Bereiche Kultur und Gesellschaft (einseitiger US-Export von *soft power*; Bedeutung des religiösen Faktors) als auch auf die Bereiche Wirtschaft und auswärtige Politik (amerikanischer „Marktkapitalismus“, konträres Verständnis vom Verhältnis Staat und Wohlfahrt; US-Politik der globalen Machtentfaltung).<sup>37</sup> Genau zwischen diesen multiplen Polen hat die britische Politik gelernt, ihre nationalen Interessen zu artikulieren und zu vertreten, wobei immer wieder einmal das alte politische Dilemma zu Tage tritt, sich zwischen pragmatischen Positionen der Interessenabwägung und einem starken Gefühl der „natürlichen“ Zugehörigkeit hin und her bewegen zu müssen. Stefan Fröhlich spricht in diesem Kontext völlig zu Recht vom „Bild geteilter Loyalitäten“, was konstitutiv für die Ausrichtung britischer (Außen-)Politik gegenüber den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist.

Genau in diesem Spannungsverhältnis bewegte sich seinerzeit auch der britische Premier Tony Blair, dem seine Entscheidung zu Gunsten eines scheinbar uneingeschränkten militärischen Schulterschlusses mit Amerika im Falle des Irakkrieges von 2003 beinahe sämtliches politisches Kapital bei der eigenen Bevölkerung gekostet hätte. Daraus jedoch die Schlussfolgerung zu ziehen, Blair habe seine Irak-Entscheidung aufgrund einer wie auch immer gearteten ideologischen Nähe zu US-Präsident George W. Bush getroffen, würde eindeutig zu kurz greifen und wäre darüber hinaus sachlich falsch. Wie verschiedene Autoren in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur mit Recht betonen, waren dem *Labour*-Premier die unterschiedlichen Positionen zwischen der

---

<sup>36</sup> Zur historischen Dimension der amerikanisch-britischen Beziehungen und dem (traumatischen) Verlust des *Empire*-Status Großbritanniens vgl. im Einzelnen: Rühl, Lothar, Das Reich des Guten. Machtpolitik und globale Strategie Amerikas, Stuttgart 2005, S. 79-103 (3. Kapitel, *Der Aufstieg Amerikas und die Ablösung der britischen Hegemonie: 1900-1940*).

<sup>37</sup> Vgl. Fröhlich, a. a. O., S. 534.

amerikanischen und der britischen Seite im Hinblick auf wichtige außenpolitische, ökologische und entwicklungspolitische Fragen<sup>38</sup> durchaus bewusst, sodass hier keineswegs von Interessenkonvergenz beider Länder gesprochen werden kann.

Nichtsdestoweniger geriet die britische Politik in jener Phase in eine Sackgasse: Im Zuge der zunehmenden Dissonanzen zwischen dem so genannten alten Europa (sprich: Deutschland und Frankreich) sowie den USA und seinen neuen mittelosteuropäischen „Vasallen“ (insbesondere Polen und Tschechien – das „neue Europa“) agierte Großbritannien zusehends aus einer Position der Schwäche heraus. Das Land lief ernsthaft Gefahr, seine traditionelle Brückenfunktion zwischen Europa und den USA zu verlieren, was fatale Folgen für die transatlantischen Beziehungen insgesamt gehabt hätte. In jedem Fall hat der dritte Golfkrieg offen gelegt, welchen Schwierigkeiten der Inselstaat künftig entgegensehen dürfte: nämlich einerseits seinen festen Platz in Europa bzw. in der EU zu finden, andererseits ein gleichsam verlässlicher wie besonderer Partner der USA zu bleiben – ein ohne Zweifel schwieriger Drahtseilakt.

Blairs Nachfolger Brown war nach Amtsantritt im Sommer 2007 daher sichtlich bemüht, allein schon aus wahltaktischem Kalkül, eine allzu einseitige Positionierung seines Kabinetts zu Gunsten Amerikas unter allen Umständen zu vermeiden. So entstand zumindest vordergründig der Eindruck einer Distanzierung gegenüber den „imperialen Illusionen“ (Peter Rudolf) der Bush-II-Administration. Brown nutzte unter anderem seinen Kurzbesuch in Camp David am 30. Juli 2007 dazu, die traditionell engen Beziehungen zu den USA<sup>39</sup> auf ein eher geschäftsmäßiges Maß zurückzuschrauben, indem der neue Premier in seinem Reisegepäck eine Hiobsbotschaft für Bush jr. in Bezug auf die geplante Truppenreduzierung der britischen Streitkräfte im Irak bis zum Frühjahr 2008 mit sich führte. Gleichwohl ist dieser demonstrative Akt vor allem symbolischer Natur – letztlich als deutlicher Fingerzeig gegenüber dem britischen Wähler daheim zu verstehen.

Ungeachtet dieses aus innenpolitischen Restriktionen erwachsenen Wandels in der britischen Irakpolitik bleibt auch Blairs Nachfolger im Amt ein Transatlantiker *par*

---

<sup>38</sup> Als Stichworte seien genannt: „Demokratisierung des Iraks und des *Greater Middle East*“, „Revitalisierung des Nahost-Friedensprozesses“, „Rolle internationaler Institutionen“, „Umwelt- und Klimaschutz“ sowie „globale Armutsbekämpfung“.

<sup>39</sup> Siehe hierzu exemplarisch die Rede „From Global Empire to Global Hub“ (URL: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=3063973>) von *Foreign Secretary* David Miliband im Londoner Mansion House anlässlich des Easter Banquet am 3. April 2008. In dieser äußert sich der

*excellence*, dessen unverhohlene Bewunderung – besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht – für die „singuläre Weltmacht“ (Lothar Rühl) und dessen enge Kontakte zum politischen Establishment in Washington zumindest in Insiderkreisen bekannt sein dürften.<sup>40</sup> Auch wenn Brown kein glühender Anhänger der Irakpolitik Blairs war, so sind zumindest öffentlich keine kritischen Töne des Schotten in Bezug auf das „Irak-Abenteuer“ der „Koalition der Willigen“ (*coalition of the willing*) zu vernehmen gewesen.<sup>41</sup> Signifikante Akzentverschiebungen in den bilateralen Beziehungen zu den USA sind unter Brown somit nicht zu erwarten – im Gegenteil: seine Amerikapolitik wandelt im Wesentlichen auf den ausgetretenen Pfaden Blairs.<sup>42</sup> Einzig der Ton und die öffentliche Vermittlung mögen sich von der politischen Inszenierung seines Amtsvorgängers unterscheiden; eine Chance auf eine bessere europapolitische Perspektive Großbritanniens impliziert dieser Sachverhalt allein jedoch keineswegs.

## 6. Die „stille Allianz“ zu Beginn der Amtszeit Browns: „Business as usual“ in den deutsch-britischen Beziehungen?

„Our countries [UK and Germany, S. A.] have had, and continue to have, excellent cooperation and relationships. I look forward to strengthening these relationships in the years to come.“

– *The Rt Hon Gordon Brown MP,*  
16. Juli 2007, Pressekonferenz  
in Berlin –

Das deutsch-britische Verhältnis ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) durch eine Qualität *sui generis* gekennzeichnet. Dass das Beziehungsgeflecht zwischen den

---

britische Minister für auswärtige Angelegenheiten wie folgt: „The United States is our single most important bilateral relationship – born of shared values, strengthened by shared sacrifice.“

<sup>40</sup> Vgl. dazu die Lord Mayor’s Banquet Speech von Premierminister Gordon Brown am 12. November 2007 (URL: <http://www.number-10.gov.uk/output/Page13736.asp>), in der er unmissverständlich zum Ausdruck bringt: „It is no secret that I am a life long admirer of America.“ – Dieser Festvortrag des Premiers zählt zu den wenigen außenpolitischen Grundsatzreden, die von ihm bis zum heutigen Zeitpunkt überhaupt existieren. Er zeigt zugleich in anschaulicher Weise, wie wenig klare Konturen Browns außenpolitisches Programm besitzt. Einzig die im März 2008 erschienene erste offizielle „Nationale Sicherheitsstrategie des Vereinigten Königreiches“ (im Original als *The National Security Strategy of the United Kingdom: Security in an interdependent world* bezeichnet), abrufbar unter [http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national\\_security\\_strategy.pdf](http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf), gibt zumindest ansatzweise Aufschluss über den vor allem stark außenwirtschaftspolitisch ausgerichteten „hard-headed internationalism“ (= „nüchternen [oder: realistischen] Internationalismus“) der Regierung Brown. Eine eindeutige außenpolitische Programmatik lässt sich daraus jedoch nicht herleiten.

<sup>41</sup> Vgl. Larres, Klaus, Gute Absichten, schlechte Aussichten. Ein kompetenter Wirtschaftsminister wird noch lange kein erfolgreicher Premier – diese Erfahrung von Ludwig Erhard muss jetzt auch Gordon Brown machen, in: IP, 63. Jg. (April 2008) H. 4, S. 100-105 (104).

<sup>42</sup> Die hier vertretene Grundannahme im Hinblick auf die künftige Ausrichtung britischer Amerikapolitik wird durch die Brown’sche Bilanz des bilateralen Treffens mit US-Präsident George W. Bush in Washington am 17. April 2008

zwei großen EU-Mitgliedstaaten nie vollkommen spannungsfrei und gänzlich unbelastet war (und demzufolge stets Ambivalenzen aufwies), macht ein kurzer Rückblick in die konfliktäre Geschichte des 20. Jahrhunderts deutlich: So lastete die Bürde der Hinterlassenschaften der erklärten Gegnerschaft der beiden europäischen Staaten aus zwei verlustreichen Weltkriegen wie ein scheinbar unüberbrückbarer Gegensatz auf den zunächst zaghaften, obgleich durchaus vorhandenen Annäherungsversuchen zwischen den diversen deutschen und britischen Regierungen seit jener Zeit. Als Beleg dafür kann das redliche Bemühen der britischen Beatzungsmacht – etwa im Vergleich zur russischen – um eine lebensrettende Versorgung der leidenden deutschen Zivilbevölkerung angeführt werden.<sup>43</sup>

Auch die Aufbauhilfe im Bereich des Hochschulwesens, die Etablierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems sowie einer kontinuierlich wachsenden und parteipolitisch unabhängigen Medienlandschaft im Nachkriegsdeutschland können in diesem Kontext als Zeichen des britischen „Goodwills“ gegenüber dem Kriegsverlierer interpretiert werden. Ohne Frage ist dieses Verhalten der Briten nicht aus ganz uneigennütigen Motiven heraus erklärbar, wollte man als Siegermacht einen demokratischen Aufbau Deutschlands nicht zuletzt deshalb befördern, um so eine europäische Nachkriegsordnung nach eigenem Gusto zu gewährleisten.

In der Folgezeit kam es zu wechselseitigen Hilfestellungen bei wichtigen politischen Entwicklungsschritten der einstigen Weltkriegskontrahenten. Nach den Bemühungen im innereuropäischen Rahmen um die Durchsetzung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)<sup>44</sup> auf nationalstaatlicher Ebene, ein Vorhaben, das aufgrund des Vetos der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954 scheiterte, war der Weg – aus britischer Sicht – frei für eine NATO-Vollmitgliedschaft der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland (BRD). Es war bezeichnenderweise ein Brite, namentlich Außenminister (Amtszeiten: 1935-38; 1940-45; 1951-55) Robert Anthony Eden, der diesen wichtigen Schritt zur vollen

---

noch verstärkt. Siehe dazu im Einzelnen unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2008/04/20080417-4.html>.

<sup>43</sup> Siehe hierzu u. im Folgenden Hase, Karl-Günther von, Großbritannien und Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Laschet, Armin/Pflüger, Friedbert (Hrsg.), Großbritannien in Europa. Karlspreis 1999 an Tony Blair, Aachen 1999, S. 137-142 (138).

<sup>44</sup> Die Initiative zum EVG-Vertrag geht übrigens auf einen Vorschlag des damaligen französischen Premierministers der IV. Republik René Pleven (*Union démocratique et socialiste de la Résistance* [UDSR]) vom 24. Oktober 1950 zurück, der die Schaffung einer integrierten (west-)europäischen Armee für politisch geboten hielt.

Souveränität der noch jungen BRD ermöglichte.<sup>45</sup> Im Gegenzug zeigte sich Deutschland bei Großbritannien durch die bedingungslose Unterstützung einer EG-Mitgliedschaft des Landes in den 1970er-Jahren erkenntlich, die dann endlich durch das erlösende Votum des *House of Commons* am 1. Januar 1973 politische Realität wurde.

In der historischen Rückschau der bilateralen Beziehung zwischen Deutschland und Großbritannien lassen sich nach Reinhard C. Meier-Walser fünf Charakteristika herausarbeiten, die als konstitutiv für das Verhältnis der beiden EU-Staaten zueinander angenommen werden können:<sup>46</sup>

- Beide Länder weisen konträre Entwicklungsverläufe auf: Deutschland wurde trotz Kriegsverliererstatus durch das politische Konzept der Westintegration schon früh nach dem Zweiten Weltkrieg in die „demokratische Staatengesellschaft“ zurückgeführt mit der Folge, dass der wirtschaftliche Aufstieg und Erfolg nicht lange auf sich warten ließ (Stichwort: „Wirtschaftswunder“). Hinzu kam später noch die lang ersehnte Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands (sog. Deutsche Einheit). Großbritannien hingegen war zwar Kriegsgewinner, verlor jedoch sukzessive seine Machtposition im internationalen System – nicht unwesentlich begünstigt durch eine von Beginn an ambivalente Europapolitik.<sup>47</sup>
- Eine günstige Beziehungskonstellation war zu keinem Zeitpunkt gegeben; jeweils andere Partner hatten stets Vorrang (für Deutschland: USA/Frankreich; für Großbritannien: USA).
- Die tragende Rolle Frankreichs innerhalb der EU verursachte seit Anbeginn des „europäischen Projektes“ Spannungen zwischen Bonn (heute: Berlin) und London.
- Im Gegensatz zur deutsch-französischen Politik der Aussöhnung und des Dialogs in der Nachkriegszeit erfuhr das deutsch-britische Verhältnis keine vergleichbare Form der Verständigung. Eine zwangsläufige Folge dieses Umstands war eine Häufung von Fehlperzeptionen auf beiden Seiten. Auch hierbei spielte die ambivalente und kritische Haltung Großbritanniens gegenüber einer vertieften europäischen Integration eine nicht unerhebliche Rolle.
- Auffällig ist zudem, dass es zwar auf amerikanisch-britischer (z. B. bei Ronald W. Reagan und Margaret Thatcher) sowie auf deutsch-französischer (etwa bei Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing) Seite enge und gute Beziehungen zwischen den jeweiligen Staatsmännern/-frauen gab; allerdings vergleichbare Konstellation auf deutsch-

---

<sup>45</sup> Vgl. von Hase, a. a. O., S. 139.

<sup>46</sup> Vgl. dazu u. im Folgenden Meier-Walser, Reinhard C., Großbritannien und Deutschland – eine „stille Allianz“?, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 571-586 (571-573).

<sup>47</sup> Zur Ambivalenz dieser Politik vgl. im Einzelnen bei Bulmer, Simon, Großbritannien und/in Europa, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 549-570. Eine ernüchternde Bilanz der letzten 15 Jahre britischer EU-Politik zieht: Sutherland, Peter, Fog in Westminster, Europe Cut Off, European Essay No. 41, The Federal Trust for Education & Research, January 2008 (der Beitrag ist als PDF-Datei zum Download verfügbar unter: [http://www.fedtrust.co.uk/admin/uploads/Essay41\\_Sutherland.pdf](http://www.fedtrust.co.uk/admin/uploads/Essay41_Sutherland.pdf)).

britischer Seite nicht existierten. Erst unter Bundeskanzler (1998-2005) Gerhard Schröder und Premierminister (1997-2007) Tony Blair zeichnete sich aufgrund einer vorhandenen ideologischen und programmatischen Nähe (Stichworte: „Neue Mitte“, „Third Way“, „Schröder-Blair-Papier“, 1999) sowie persönlicher Sympathien eine belastbare Männerfreundschaft ab. Diese überstand sogar die damalige Irak-Kontroverse, bei welcher der deutsche Kanzler mit der Achse Paris-Berlin-Moskau ein bewusstes *Soft Balancing*<sup>48</sup> gegenüber den machtpolitischen Ambitionen der USA (und damit auch indirekt gegenüber Großbritannien als engster Bündnispartner der Vereinigten Staaten im Irakkrieg 2003) betrieb. Erst die deutsch-britischen Dissonanzen im Laufe des Jahres 2005 in europapolitischen Fragen (sprich: EU-Budget, „Britten-Rabatt“, Agrarsubventionen) führten schließlich zu einer merklichen Abkühlung des persönlichen Verhältnisses zwischen den beiden Politikern.<sup>49</sup>

Schröders Nachfolgerin Merkel, die während des Bundestagswahlkampfes 2005 von Blair demonstrativ umworben wurde (sehr zum Missfallen des damaligen deutschen sozialdemokratischen Amtsinhabers), kündigte unmittelbar nach ihrem Amtsantritt im November des besagten Jahres an, eine weitere Vertiefung der deutsch-britischen Beziehungen fördern zu wollen. Hierbei stand vor allem die Wiedereinführung von regelmäßigen bilateralen Konsultationen auf Regierungsebene im Vordergrund von Merkels nuancierter politischer Kursbestimmung gegenüber Großbritannien;<sup>50</sup> einen derart institutionalisierten politischen Dialog zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern hatte es seit dem Amtsantritt Schröders nicht mehr gegeben. Zwar gab es auch zwischen den individuellen Akteuren Blair und Schröder ein erkennbares redliches Bemühen um eine weitere Ausgestaltung der deutsch-britischen Beziehungen, jedoch scheiterten diese Annäherungsbestrebungen primär daran, dass es beiden Staatsmännern nicht gelang, eine Symbiose zwischen sozialdemokratischen Werten auf der einen Seite und neoliberalen Werten auf der anderen in Form eines neuen politischen Gesamtkonzeptes herbeizuführen (Stichwort: „Dritter Weg“).<sup>51</sup> Dabei spielten innenpolitische Restriktionen

---

<sup>48</sup> Das strategische Konzept des sog. *Soft Balancing* (= „weiche Gegenmachtbildung“) ist ein probates Mittel von unterlegenen Staaten, um die Rückkehr des vermeintlich überlegenen Staates zu einer verstärkten Kooperation zu bewirken. Dabei wird das politisch-strategische Ziel verfolgt, mit nichtmilitärischen Mitteln und einem hohen Grad an Handlungsflexibilität etwaigen Tendenzen der Machtenfaltung eines überlegenen Akteurs entgegenzuwirken. Siehe hierzu auch unter: [http://www.politischer-realismus.de/Christoph\\_Rohde.pdf](http://www.politischer-realismus.de/Christoph_Rohde.pdf) (Rohde, Christoph, Das postmoderne Balancing – Anmerkungen zum neuen Neorealismus unter besonderer Berücksichtigung des Mächtegleichgewichts, Papier zur Sektionstagung der DVPW, Universität Mannheim, 6. Oktober 2005, S. 2 [Abstract]).

<sup>49</sup> Näheres zur zerrütteten Männerfreundschaft Schröder-Blair findet sich bei Krönig, Jürgen, Vom Ende einer Freundschaft: Gerhard Schröder und Tony Blair begannen als Verbündete. Doch nun fällt ihnen der Abschied nicht schwer, in: ZEIT online 43/2005, 27.10.2005 (vgl. URL: <http://www.zeit.de/online/2005/43/Blair>).

<sup>50</sup> Vgl. dazu im Einzelnen unter: <http://www.phoenix.de/50403.htm?print> („Besuch von Angela Merkel in London. Merkel will deutsch-britische Beziehungen wieder vertiefen“).

<sup>51</sup> Vgl. Hofmann, Stephanie C./Parkes, Roderick, Von Blair zu Brown. Wohin des Weges? Neue Führung, neue Prioritäten, neue Außen- und Europapolitik, SWP-Aktuell 41, Berlin 2007, S. 4.

wie innerparteiliche Widerstände gegen den – aus Sicht der Kritiker – zu liberalen Wirtschaftskurs, insbesondere vonseiten des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), eine maßgebliche Rolle, sodass dadurch kein substanzieller (wirtschafts-)politischer Fortschritt im deutsch-britischen Verhältnis erzielt werden konnte, der eine enge und dauerhafte Partnerschaft möglich gemacht hätte.

Bundeskanzlerin Merkel machte bei ihrem Antrittsbesuch in London am 24. November 2005 hingegen deutlich, dass „Deutschland und die neue Bundesregierung ein großes Interesse daran haben, gute und freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich zu pflegen, aber eben nicht nur zu Frankreich, sondern genauso zu Großbritannien“.<sup>52</sup> Dieser nuancierte Kurswechsel in der Frankreich- und Englandpolitik Deutschlands unter Merkel erklärt sich unter anderem aus einem wohl kalkulierten Pragmatismus der deutschen Europapolitik,<sup>53</sup> bei dem es vor allem darum geht, kontroverse EU-Themen wie die „Finanzielle Vorausschau“<sup>54</sup> (EU-Haushaltsprioritäten für die Dauer von jeweils sechs Jahren) mit den Briten in kompetitiver aber fairer Weise auszuhandeln, um dadurch die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union auch weiterhin sicherzustellen. Auf diese Weise ist gleichzeitig deutschen Interessen gedient, die ein stetes Voranschreiten im Rahmen des europäischen Projektes – möglichst im Verbund mit Frankreich *und* Großbritannien – als politisch zielführend für die weitere Entwicklung der eigenen regionalen (europapolitischen) wie globalen Akteursqualität vorsehen.<sup>55</sup>

Von britischer Seite ging mit dem Amtswechsel Schröder-Merkel die leise Hoffnung einher, dass zwar keine komplette Kursänderung gegenüber den Regierungsjahren Schröders in der deutschen Außen- und Europapolitik zu erwarten steht, dass aber zumindest bei einigen strittigen Themen (dritter Golfkrieg,

---

<sup>52</sup> Mitschrift Pressekonferenz, Pressebegegnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Premierminister Tony Blair am 24. November 2005 in London, siehe hierzu unter:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2005/11/2005-11-24-pressebegegnung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-und-premierminister-tony-blair-am-24-november.html>.

<sup>53</sup> Eine ausführliche Darstellung der deutschen EU-Politik zu Beginn des Regierungswechsels Schröder/Merkel findet sich bei Marhold, Hartmut, Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005, in: *Integration*, 29. Jg. (2006) H. 1, S. 3-22, abrufbar unter:

[http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/integration\\_2006/Marhold.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2006/Marhold.pdf).

<sup>54</sup> Siehe hierzu ausführlicher aus theoriegeleiteter Perspektive (→ „Zwei-Ebenen-Ansatz“) bei Oppermann, Kai, Die britische Ratspräsidentschaft 2005. Zwischen europäischen Erwartungen und innenpolitischen Restriktionen, in: *Integration*, 29. Jg. (2006) H. 1, S. 23-37 (32-36), als PDF zum Download abrufbar unter:

[http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09\\_Publikationen/integration\\_2006/Oppermann.pdf](http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2006/Oppermann.pdf).

<sup>55</sup> Siehe zu diesem Abschnitt auch die Ausführungen unter Punkt V. bei Link, Werner, Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands, in: *APuZ*, B 11/2004, S. 3-8 (8); dieser Essay ist abrufbar unter: <http://www.bpb.de/files/YP0IPR.pdf>. Vgl. außerdem das Kap. VI. („Die europäische Wegkarte und Deutschland“, S. 95-113 [104 f.]) bei Link, Werner, Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten, 1. Aufl., Baden-Baden 2006.

transatlantische Beziehungen, EU-Budget-Streit, EU-interne Diskussion über Agrarbudget usw.) eine konziliantere Haltung der Großen Koalition in Berlin und des Bundeskabinetts unter der Leitung Merkels im Bereich des Möglichen liegen könnte.<sup>56</sup> So gab es in der Folgezeit vor allem in der Klimapolitik – *in puncto* Klimawandel – sichtbare Anzeichen einer gemeinsamen Interessenlage, die seither von dem redlichen Bemühen um substanzielle Fortschritte in der Sache (Stichwort: „Kyoto-Protokoll und eine Nachfolgestrategie für Europa nach 2012“) geprägt ist.<sup>57</sup>

Auch in Fragen der Armutsbekämpfung, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, gibt es kleinere Fortschritte seit dem G-8-Gipfel in Gleneagles (2005) zu verzeichnen, wenngleich diese vornehmlich durch öffentlichen Druck (Stichwort: „*End Poverty Now*-Initiative“) <sup>58</sup> zu Stande kamen.<sup>59</sup> Formen der verstärkten deutsch-britischen Zusammenarbeit scheinen daher vor allem für den Bereich der Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungspolitik realistisch zu sein. Das Bewusstsein für die Entwicklung der Dritten Welt (und die damit verbundenen Folgewirkungen auf die Erste Welt) ist mittlerweile diesseits und jenseits des Ärmelkanals fester Bestandteil der politischen Konsensbildung. Der (ehemalige) britische Premier Blair versteht diesen Schulterschluss als „ganz unerhörte Chance“, <sup>60</sup> die er in einem gemeinsamen Pressestatement mit Bundeskanzlerin Merkel in Berlin am 13. Februar 2007 wie folgt einordnete und bewertete: „Jetzt ist der richtige Moment, um sich zu überlegen, wie wir nicht nur unsere Umwelt schützen und nicht nur das Wachstum nachhaltig gestalten, sondern auch diese Chance ausnutzen können, die Energievorräte sinnvoll einzusetzen.“

Führt man sich diese Aussagen Blairs einmal vor Augen, die eine hohe Deckungsgleichheit mit der politischen Agenda in Berlin aufweisen, so verwundert es kaum, dass die deutsche Bundeskanzlerin durchweg lobende Worte für den (scheidenden)

---

<sup>56</sup> Vgl. dazu folgende Internetquelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung149140.html>.

<sup>57</sup> Siehe hierzu im Einzelnen die Mitschrift der Pressekonferenz von Merkel und Blair in London am 3. November 2006 unter: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2006/11/pk-bkin-blair.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2006/11/pk-bkin-blair.html).

<sup>58</sup> Vgl. dazu Näheres unter: <http://www.endpovertynow.ca/home>.

<sup>59</sup> Einen kurzen Überblicksartikel liefert in diesem Zusammenhang: Schneiderbach, Tina, G8 und Afrika – Symbolische Politik trifft auf reale Erwartungen, *GIGA Focus*, Nr. 11/2006 (URL: [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_global\\_0611.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_global_0611.pdf)). Siehe in diesem Kontext auch die G-8-Gipfelerklärung „Wachstum und Verantwortung in Afrika“ (vgl. S. 2 f.) vom 8. Juni 2007 (G-8-Gipfel Heiligendamm), abrufbar unter:

[http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserkla\\_C3\\_A4rungen/WV-Afrika.property=publicationFile.pdf](http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserkla_C3_A4rungen/WV-Afrika.property=publicationFile.pdf).

<sup>60</sup> Siehe hierzu u. im Folgenden unter:

[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/02/2007-02-14-pk-merkel-blair.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/02/2007-02-14-pk-merkel-blair.html).

britischen Premierminister und dessen Engagement in entwicklungs- und klimapolitischen Fragen auf einer (letzten) Pressebegegnung in der deutschen Hauptstadt am 3. Juni 2007 fand: „Mit Tony Blair, [...], steht heute jemand an meiner Seite, der der Bedeutung des Klimawandels seit langem in ganz besonderer Weise, nicht nur durch seine politischen Aussagen, sondern auch durch viele praktische Maßnahmen Rechnung trägt, bei denen wir von Großbritannien auch lernen und sehr gut mit Großbritannien zusammenarbeiten können.“<sup>61</sup>

Das recht hohe Maß an Übereinstimmung in der zentralen politischen Themenagenda zwischen den EU-Mitgliedstaaten Deutschland und Großbritannien sollte seine Fortsetzung im Amtswechsel von Blair zu Brown Ende Juni 2007 finden, der – ein wohl kalkuliertes, die eigene Wählerschaft beschwichtigendes Zeichen setzend – einen seiner ersten Auslandsbesuche<sup>62</sup> nicht etwa dem gerade im Umfragetief befindlichen US-Präsidenten George W. Bush abstattete, sondern sich stattdessen für den Gang nach Berlin entschied. Über die Beweggründe, die letztlich zu dieser Entscheidung geführt haben mögen, mag man – aus wissenschaftlicher Sicht – trefflich streiten; dennoch dürfte sie nicht unwesentlich durch innenpolitische Restriktionen (Handlungsbeschränkungen) für die Regierung Brown sowie einen an der Nutzentheorie (Handlungs- und Entscheidungstheorie<sup>63</sup> verbunden mit rationaler Wahl zwischen Handlungsoptionen) orientierten europapolitischen Pragmatismus der britischen Exekutive gesteuert worden sein. Die hieraus erwachsenden ordnungspolitischen Folgen im EU- und außereuropäischen Kontext sind gegenwärtig noch nicht abschätzbar, könnten aber im Laufe der nächsten Monate und Jahre durchaus sichtbar werden. Ob sich daraus dann eine neue europapolitische und/oder transatlantische Rolle Großbritanniens entwickeln wird, bleibt somit abzuwarten.

---

<sup>61</sup> Vgl. dazu unter:

[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/06/2007-06-03-bk-blair.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/06/2007-06-03-bk-blair.html).

<sup>62</sup> Zuvor machte der neu gewählte britische Premier Brown lediglich Zwischenstation in Belfast bei Nordirlands Ministerpräsident (1997-2008) Bertie Ahern.

<sup>63</sup> In den Sozialwissenschaften auch bekannt als *Rational Choice* – eine wissenschaftstheoretische Grundposition, die der Erklärung, der Prognose und zur Simulation kollektiver Sachverhalte sowie sozialer Phänomene dient. Der theoretische Ansatz *Rational Choice* stellt eine Synthese aus dem sog. methodologischen Individualismus (auch: „strukturell-individualistischer Ansatz“ genannt, der auf drei „Logiken“ [Logik der Situation, Logik der Selektion, Logik der Aggregation] zur Untersuchung und Erklärung kollektiver Phänomene zurückgreift) und der Nutzentheorie (die der Logik der Selektion folgt) dar. Vorausgesetzt werden hierbei rationale, den Eigennutzen maximierende Akteure (Stichwort: *Homo oeconomicus*) in sozialen Kontexten. Siehe zu diesem Gesamtkomplex im Einzelnen bei Kunz, Volker, *Rational Choice*, Frankfurt a. M./New York 2004 (Campus Einführungen).

In jedem Fall können die zahlreichen inhaltlichen Übereinstimmungen in den deutsch-britischen Politikagenden in jüngster Zeit als sicheres Zeichen dafür angesehen werden, dass eine Vertiefung des bilateralen Verhältnisses in naher Zukunft sehr wahrscheinlich ist. Doch sollte diese positive Entwicklung durch regelmäßige Konsultationen auf höchster Regierungsebene gestützt werden, um etwaigen Phasen der Stagnation, die es bilateral immer wieder einmal gegeben hat, möglichst frühzeitig zu begegnen. Die Impulse, die von einer verstärkten deutsch-britischen Zusammenarbeit in europapolitischen Fragen ausgehen könnten, sind für die gesamteuropäische Entwicklung (in Bezug auf die weitere Ausgestaltung der EU) keinesfalls als gering zu erachten. Im Gegenteil: Im Verbund mit Frankreich als zusätzlicher wichtiger *Player* im „Konzert der europäischen Mächte“ könnten auf diese Weise entscheidende Schritte zur Stärkung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU erfolgen, die diese zunehmend zu einem ernst zu nehmenden internationalen Akteur werden ließe. Groß angelegte deutsch-britische Initiativen wie die am 22. August 2007 angekündigte und am 5. September 2007 offiziell vollzogene „International Health Partnership“<sup>64</sup> könnten in diesem Zusammenhang kleine, aber wichtige Bausteine auf dem Weg zu einer zusehends intakten bilateralen Partnerschaft und einem erfolgreichen Beispiel für EU-interne Kooperation darstellen.

#### **IV. Fazit und Ausblick: Implikationen für die Innen- und Außenpolitik einer ersten Amtszeit Browns**

Der Vergleich *Labour*'scher Innen- und Außenpolitik in den Amtszeiten Blairs und Browns zeigt eindeutige Parallelen in der Politik beider Staatsmänner auf: Im Bereich der inneren Angelegenheiten stechen die Kontinuitäten zwischen den beiden Regierungschefs deutlich hervor. Beide Amtsinhaber leg(t)en besonderen Wert auf die Verbesserung der Bildungssituation, plädier(t)en für eine Aufwertung des angeschlagenen Gesundheitswesens und setz(t)en sich für den Rückgang von Kriminalität im Inselstaat ein. Auch wenn es im Detail Akzentverschiebungen gegeben hat, fokussier(t)en beide Politiker Themen, die der Nachhaltigkeit britischer Innenpolitik dienlich sind. Beide zeichnen sich durch einen moralischen Ansatz aus; beide Amtsträger unterstreichen den

---

<sup>64</sup> Vgl. dazu im Detail unter: <http://www.number10.gov.uk/output/Page12905.asp>.

sozialen Aspekt ihrer Handlungen. Gordon Brown geht den von Tony Blair eingeschlagenen so genannten *Third Way* mit leisen Schritten weiter und verbindet genau wie sein Vorgänger marktwirtschaftlichen Pragmatismus mit einem „sozialen Gewissen“.

Im Bereich der Außenpolitik lässt sich die Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität weniger leicht beantworten. Zusammenfassend mögen Blair und Brown wohl dasselbe außenpolitische Ziel vor Augen gehabt haben, doch unterscheiden sich Mittel und Wege in einigen Punkten durchaus voneinander: Während sich Blair im Irakkrieg 2003 demonstrativ gegen die landläufige Meinung vieler europäischer Partner, so z. B. Deutschland und Frankreich, für einen Alleingang an der Seite der Vereinigten Staaten entschieden hatte, legt Brown verstärkt Wert auf selektive Kooperation gemäß einem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül – gerade auch in Bezug auf das europäische Projekt. Besonders in folgenden EU-Politikfeldern scheint eine konstruktive und gestalterische Rolle des neuen britischen Premiers grundsätzlich denkbar: Reform des EU-Haushalts (im Verbund mit der Gemeinsamen Agrarpolitik); Rolle der EU im Rahmen der WTO-Verhandlungen zu Gunsten einer Liberalisierung des Welthandels; Vollendung des Binnenmarktes; Bürokratieabbau des Brüsseler Verwaltungsapparats; Fortentwicklung der EU-Erweiterungspolitik (hier im Besonderen mit dem regionalen Schwerpunkt westlicher Balkan – die Beitrittsfrage der Türkei hingegen bleibt bis auf Weiteres ein Zankapfel); Schaffung einer einheitlichen wie kohärenten europäischen Position in Fragen des Klimaschutzes und der Energiepolitik. Ansonsten aber ist die britische Europapolitik zum einen durch innenpolitische Restriktionen in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, zum anderen liegt ihr ein instrumentelles Politikverständnis zu Grunde.

Mit Blick auf die internationale Agenda der amtierenden britischen Regierung lässt sich ferner konstatieren: Anders als sein Vorgänger glaubt Brown, dass internationale Konflikte nur durch globale Zusammenarbeit regulierbar oder lösbar sind. Zwar kann Blair nicht als „Bilateralist“ oder gar als „Unilateralist“ bezeichnet werden, schließlich bevorzugte auch er zumeist gemeinschaftliche europäische Lösungen, jedoch beharrte der ehemalige Premier im Zweifelsfall stets auf seiner eigenen Meinung. Brown hingegen wägt stärker ab, hält sich verschiedene Optionen von Fall zu Fall bewusst offen und kooperiert dem politischen Ziel angemessen mit entsprechenden koalitionswilligen Partnern – außenpolitische Alleingänge sind von ihm daher nur in wenigen Einzelfragen

erwartbar, vor allem in den Bereichen, in denen es um die Wahrung so genannter vitaler Interessen Großbritanniens geht.

Kontinuitätslinien sind insbesondere in sicherheitspolitischen Hinsicht auszumachen; hier folgt Brown dem traditionell präferierten intergouvernementalen Ansatz britischer Politik. Dieses spezifische Politikverständnis erklärt sich aus der grundsätzlichen Skepsis der Briten gegenüber den Formen der Vergemeinschaftung auf europäischer Ebene. Stattdessen verfolgt die britische EU-Politik das erklärte Ziel, die Wahrung der Souveränität der Mitgliedstaaten gegenüber der Union so weit wie möglich aufrechtzuerhalten.

Auch die europäischen Bestrebungen hinsichtlich der Fortentwicklung der GASP unterstützt Großbritannien nur unter der Bedingung, dass dadurch keine militärischen Doppelstrukturen zur NATO entstehen. Die Atlantische Allianz wird von britischer Seite nach wie vor als Garant für die Sicherheit in Europa angesehen, und das trotz des sichtbaren US-amerikanischen Rückzugs aus Europa sowie der anhaltenden Suche des Bündnisses nach einer neuen Zweckbestimmung im 21. Jahrhundert.

Damit untrennbar verbunden werden die amerikanisch-britischen Sonderbeziehungen als wichtiger bündnispolitischer Eckpfeiler britischer Außenpolitik auch unter Brown weiter Bestand haben, wenngleich – aufgrund der vorhandenen Ressentiments in der britischen Bevölkerung gegenüber dem politisch-militärischen Engagement des eigenen Landes im Irak – zumindest nach außen eine gewisse Distanzierung von der früheren Blair-Politik zu erwarten steht.

Was das deutsch-britische Verhältnis angeht, so scheint die Ausgangslage für eine gemeinsame europapolitische Basis zwischen den beiden etablierten EU-Mitgliedstaaten seit dem Amtsantritt Browns im Juni 2007 denkbar günstig zu sein. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die wachsende Unzufriedenheit über die bilateralen Beziehungen in den letzten Jahren neue Anreize für gemeinsames politisches Handeln und eine Verbesserung der atmosphärischen Grundstimmung schafft; zum anderen spielt auch ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Themenagenda der Regierungen Merkel und Brown eine gewichtige Rolle mit Blick auf den Ausbau der europapolitischen Perspektiven in einzelnen Politikfeldern in den kommenden Jahren. Ob diese positiven Vorzeichen jedoch in eine erfolgreiche operative Politik umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten.

Resümierend kann auch im außenpolitischen Bereich letztlich nicht von Diskontinuität gesprochen werden: sowohl Blair als auch Brown folgen einem liberalen und kooperativen Ansatz internationaler Beziehungen. Verglichen mit der Innenpolitik sind im Bereich der auswärtigen Politik – wie zuvor dargelegt – punktuell Unterschiede erkennbar. Trotz dieser graduellen Differenzen muss die Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität britischer (*Labour*-)Politik im Zuge des Regierungswechsels Blair/Brown im Ergebnis mit Kontinuität beantwortet werden.

## V. Bibliografie

- BULMER, SIMON, Großbritannien und/in Europa, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 549-570 (Schriftenreihe; Bd. 543).
- BULMER, SIMON/PARKES, RODERICK, Die Berlin-London-Verbindung. Erst Funkstille, jetzt Standleitung? Die Perspektiven für eine erneuerte bilaterale Kooperation in EU-Angelegenheiten, SWP-Aktuell 10, Berlin 2008.
- FRÖHLICH, STEFAN, Special Relationship. Großbritannien und die USA, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 533-548 (Schriftenreihe; Bd. 543).
- HASE, KARL-GÜNTHER VON, Großbritannien und Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Laschet, Armin/Pflüger, Friedbert (Hrsg.), Großbritannien in Europa. Karlspreis 1999 an Tony Blair, Aachen 1999, S. 137-142.
- HOFF, HENNING, Vom Pudel zur Bulldogge. Abschied von einer Dekade Blairismus: Machtwechsel in Großbritannien, in: IP, 62. Jg. (Juli/Aug. 2007) H. 7/8, S. 122-127.
- HOFMANN, STEPHANIE C./PARKES, RODERICK, Von Blair zu Brown. Wohin des Weges? Neue Führung, neue Prioritäten, neue Außen- und Europapolitik, SWP-Aktuell 41, Berlin 2007.
- JUNGCLAUSSEN, JOHN F., Die beste Zeit war früher: Im Juli soll Gordon Brown britischer Premierminister werden. Eine Bilanz seiner zehn Jahre als Schatzkanzler, in: Die Zeit v. 03.05.2007, S. 33.
- KAVANAGH, DENNIS U. A., British Politics, 5. Aufl., Oxford/New York 2006.
- KRÖNIG, JÜRGEN, Vom Ende einer Freundschaft: Gerhard Schröder und Tony Blair begannen als Verbündete. Doch nun fällt ihnen der Abschied nicht schwer, in: ZEIT online 43/2005, 27.10.2005.
- KUNZ, VOLKER, Rational Choice, Frankfurt a. M./New York 2004 (Campus Einführungen).
- LARRES, KLAUS, Gute Absichten, schlechte Aussichten. Ein kompetenter Wirtschaftsminister wird noch lange kein erfolgreicher Premier – diese Erfahrung von Ludwig Erhard muss jetzt auch Gordon Brown machen, in: IP, 63. Jg. (April 2008) H. 4, S. 100-105.
- LINK, WERNER, Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands, in: APuZ, B 11/2004, S. 3-8.

- LINK, WERNER, Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten, 1. Aufl., Baden-Baden 2006 (Denkart Europa. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur; Bd. 1).
- MARHOLD, HARTMUT, Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005, in: *Integration*, 29. Jg. (2006) H. 1, S. 3-22.
- MEIER-WALSER, REINHARD C., Großbritannien und Deutschland – eine „stille Allianz“?, in: Kastendiek, Hans/Sturm, Roland (Hrsg.), *Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*, 3., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2006, S. 571-586 (Schriftenreihe; Bd. 543).
- OPPERMANN, KAI, Die britische Ratspräsidentschaft 2005. Zwischen europäischen Erwartungen und innenpolitischen Restriktionen, in: *Integration*, 29. Jg. (2006) H. 1, S. 23-37.
- ROHDE, CHRISTOPH, Das postmoderne Balancing – Anmerkungen zum neuen Neorealismus unter besonderer Berücksichtigung des Mächtegleichgewichts, Papier zur Sektionstagung der DVPW, Universität Mannheim, 6. Oktober 2005.
- RÜHL, LOTHAR, Das Reich des Guten. Machtpolitik und globale Strategie Amerikas, Stuttgart 2005.
- SCHNEIDENBACH, TINA, G8 und Afrika – Symbolische Politik trifft auf reale Erwartungen, *GIGA Focus*, Nr. 11/2006.

## Internetquellen

- BBC:  
<http://64.233.183.104/search?q=cache:wONUhbC8tpMJ:news.bbc.co.uk/1/hi/education/6564933.stm+education+education+education+blair+speeches&hl=de&ct=clnk&cd=2&gl=de>
- BRITISH HIGH COMMISSION:  
Brown-Rede „Global Britain, Global Europe. A Presidency Founded on Pro-European Realism“ vom 22. Juni 2005:  
<http://www.britishhighcommission.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=102586966621&a=KArticle&aid=1119511263630>
- BUNDESREGIERUNG:  
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2005/11/2005-11-24-pressebegegnung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-und-premierminister-tony-blair-am-24-november.html>
- BUNDESREGIERUNG:  
[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2006/11/pk-bkin-blair.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2006/11/pk-bkin-blair.html)
- BUNDESREGIERUNG:  
[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/02/2007-02-14-pk-merkel-blair.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/02/2007-02-14-pk-merkel-blair.html)
- BUNDESREGIERUNG:  
[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/06/2007-06-03-bk-blair.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/06/2007-06-03-bk-blair.html)
- CABINET OFFICE:  
„The National Security Strategy of the United Kingdom: Security in an interdependent world“:  
[http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national\\_security\\_strategy.pdf](http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf)

## ▪ DGAP:

DGAP-Analyse „Der gebremste Europäer. Gordon Browns Europa-Politik“ (Febr. 2008, Nr. 1) von Jan Techau:

[http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1dcd95ee574d01ed95e11dc9994390753e9f7e3f7e3/2008-01\\_dgapana\\_techau\\_www.pdf](http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1dcd95ee574d01ed95e11dc9994390753e9f7e3f7e3/2008-01_dgapana_techau_www.pdf)

## ▪ DIE ZEIT:

<http://zeus.zeit.de/text/2007/19/Brown>

## ▪ END POVERTY NOW:

<http://www.endpovertynow.ca/home>

## ▪ FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE:

Das Strategiepapier „UK International Priorities. A Strategy for the FCO“ (December 2003):

<http://www.sovereignty.org.uk/siteinfo/newsround/FCOStrategyFullFinal.pdf>

## ▪ FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE:

Das politische Pamphlet „Global Europe. Meeting the Economic and Security Challenges“ (published jointly by the Cabinet Office and the FCO, October 2007) von Gordon Brown u. David Miliband:

[http://www.fco.gov.uk/Files/KFile/FCO\\_BEU\\_DOC\\_GlobalEurope71022.pdf](http://www.fco.gov.uk/Files/KFile/FCO_BEU_DOC_GlobalEurope71022.pdf)

## ▪ FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE:

Rede des britischen Außenministers David Miliband vom 15. November 2007:

<http://www.fco.gov.uk/servlet/Servlet?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391647&a=KArticle&aid=1194715986447>

## ▪ FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE:

Rede des britischen Außenministers David Miliband vom 3. April 2008:

<http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=3063973>

## ▪ FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG:

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EC25E42BB21D7402E94D4AC8A2158A08E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

## ▪ G-8-GIPFEL HEILIGENDAMM:

G-8-Gipfelerklärung „Wachstum und Verantwortung in Afrika“ vom 8. Juni 2007:

[http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserkl\\_C3\\_A4rungen/WV-Afrika,property=publicationFile.pdf](http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserkl_C3_A4rungen/WV-Afrika,property=publicationFile.pdf)

## ▪ HM TREASURY:

*HM-Treasury*-Pamphlet „Global Europe. Full-employment Europe“ (October 2005):

[http://www.hm-treasury.gov.uk/media/2/A/global\\_europe\\_131005.pdf](http://www.hm-treasury.gov.uk/media/2/A/global_europe_131005.pdf)

## ▪ LABOUR PARTY:

[http://www.labour.org.uk/labour\\_policies](http://www.labour.org.uk/labour_policies)

## ▪ NATIONAL STATISTICS:

<http://209.85.129.104/search?q=cache:yKRpzDg-OAEJ:www.statistics.gov.uk/cci/nugget.asp%3Fid%3D12+unemployment+uk+2007&hl=de&ct=clnk&cd=1>

## ▪ NATIONAL STATISTICS:

<http://www.statistics.gov.uk/STATBASE/Expodata/Spreadsheets/D4004.xls>

## ▪ NATIONAL STATISTICS:

<http://www.statistics.gov.uk/CCI/nscl.asp?ID=5014&x=14&y=11>

- NO. 10 DOWNING STREET:  
<http://www.pm.gov.uk/output/Page13736.asp>
  
- NO. 10 DOWNING STREET:  
<http://www.number-10.gov.uk/output/Page13736.asp>
  
- NO. 10 DOWNING STREET:  
<http://www.number10.gov.uk/output/Page12905.asp>
  
- PHOENIX:  
<http://www.phoenix.de/50403.htm?print>
  
- STEHLING, THOMAS BERND:  
Von Blair zu Brown. Großbritannien nach dem Regierungswechsel, Länderbericht des Londoner Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 29.08.2007:  
[http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/laenderberichte/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_11746\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_11746_1.pdf)
  
- STEHLING, THOMAS BERND:  
UK und der EU-Reformvertrag. Die Debatte in Großbritannien zum Vertrag von Lissabon, Länderbericht des Londoner Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 15.01.2008:  
[http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/laenderberichte/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_12783\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_12783_1.pdf)
  
- SUTHERLAND, PETER:  
Fog in Westminster, Europe Cut Off, European Essay No. 41, The Federal Trust for Education & Research, January 2008:  
[http://www.fedtrust.co.uk/admin/uploads/Essay41\\_Sutherland.pdf](http://www.fedtrust.co.uk/admin/uploads/Essay41_Sutherland.pdf)
  
- TAGESSCHAU:  
<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung149140.html>
  
- THE WHITE HOUSE:  
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2008/04/20080417-4.html>
  
- UK POLLING REPORT:  
Ipsos MORI, 25.04.2007:  
<http://ukpollingreport.co.uk/blog/leaders/blair/>